

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Eric Ehringhaus, Berlin.
Telefon: Carl Schlegel 4126/4127



Abdruck für Verlag und Verbreitung:
Berlin O 20 61, Zehn-Märkte-Platz 6
Druckverlag: Copaldruck

Die Gestaltung erfolgt im Selbstverlag.
Der Inhalt ist nur auf Grund der von den Verfassern abgegebenen Mitteilungen zu entnehmen.
Für den Inhalt des Textes sind die Verfasser verantwortlich.

Berlin, den 29. Sept. 32.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Papen-Bilanz.

Vom 20. Juni bis 31. Juli 100 Tote.

SPD. Der Amtliche Preussische Pressedienst veröffentlicht eine statistische Uebersicht über die Todesfälle bei politischen Ausschreitungen im Jahre 1932. Diese nüchterne statistische Uebersicht schliesst eine furchtbare Anklage gegen das heutige System in sich.

Vom 1. Januar 1932 bis zum 23. September sind in Preussen insgesamt 155 Menschen im politischen Kampfe ums Leben gekommen. In nahezu sechs Monaten von 1. Januar bis zum 20. Juni sind 47 Todesopfer gefallen, in den Wochen vom 20. Juni bis zum 31. Juli aber allein 100 Todesopfer! Nach dem 1. August sind dann noch 8 Menschen bei politischen Zusammenstössen ums Leben gekommen.

In der Zeit vom 1. Januar bis zum 20. Juni haben drei Wahlen stattgefunden, die Preussenwahl und zwei Wahlgänge der Präsidentenwahl. Der Wahlkampf war bei diesen drei Wahlen überaus heftig und blutig, indessen ist es der preussischen Regierung gelungen, die terrorlustigen Elemente einigermaßen in ihren Grenzen zu halten.

Mit dem Beginn des vierten Wahlkampfes nach der Auflösung des Reichstages durch das Kabinett Papen wurde das Experiment der Aufhebung des Demonstrationsverbots und des Uniformverbots unternommen. Die Aufhebung dieser Verbote leitete den schrecklichsten Wahlkampf ein, den es in Deutschland jemals gegeben hat. Sechs Wochen Wahlkampf haben 100 Todesopfer erfordert, mehr als doppelt so viele als die drei vorangegangenen Wahlkämpfe.

Es ist eine traurige Bilanz und nichts kann von der eindeutigen Sprache der Zahlen ablenken. Eine amtliche Verlautbarung der preussischen kommissarischen Verwaltung macht einen schüchternen Versuch, den Gewaltstreich vom 20. Juni und die Einsetzung eines Reichskommissars in Preussen als ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung des politischen Terrors hinzustellen. Dieser schüchterne Versuch von der eindeutigen Sprache der statistischen Ziffern abzulenken findet weder in den Tatsachen noch in der Statistik über die Tatsachen eine Stütze.

Ein Rückgang des politischen Terrors zeigt sich erst nach der Wahl vom 31. Juli und besonders nach der Notverordnung über Sondergerichte und über die Androhung der Todesstrafe. Wie weit hier die Verordnung, wie weit die Abspannung nach der Wahl und die politische Schwenkung der Nationalsozialisten gewirkt hat, entzieht sich der Nachprüfung.

Die Tatsache aber steht fest: die Befürchtungen der vorhergehenden Reichsregierung wie der Preussischen Regierung und der grossen Länderregierungen über die Wirkung einer Aufhebung des Uniformverbotes sind durch die Tatsachen bestätigt worden. Die amtliche Statistik lehrt, wie ausserordentlich stark die vorhergehende Reichsregierung gegenüber dem Kabinett Papen gerechtfertigt dasteht. Das Kabinett Papen hat das deutsche Volk mit einem unnötigen und

schrecklichen Wahlkampf belastet, der 100 Todesopfer erfordert hat, ohne dass die Verhältnisse in Deutschland dadurch besser oder klarer geworden wären!

Folgt man der amtlichen Statistik über die Parteizugehörigkeit der Todesopfer, so ergibt sich, dass 70 Nationalsozialisten, 54 Kommunisten, 10 Angehörige der Eisernen Front und 21 Sonstige durch politischen Terror getötet worden sind. Dabei ist zunächst festzustellen, dass die Todesopfer der Eisernen Front ausnahmslos alle nach der Aufhebung des Uniformverbotes gefallen sind.

Aber diese amtliche Statistik über die parteimässige Verteilung der Todesopfer ist falsch. Wir weisen auf zwei Punkte besonders hin. Die amtliche Einzelnachweisung führt unter dem Datum des 17. Juli 16 nationalsozialistische Tote in Schleswig-Holstein auf. Am 17. Juli war der Altonaer Blutsonntag, der 16 Menschen das Leben kostete. Unter diesen 16 war ein einziger Nationalsozialist. Die übrigen Opfer waren teils Kommunisten, teils Parteilose, die durch Polizeischüsse gefallen sind. Dieser grobe Fehler der amtlichen Statistik verschiebt bereits entscheidend das parteimässige Verhältnis der Todesopfer, Es sind ebenso viele Kommunisten wie Nationalsozialisten gefallen. Das nationalsozialistische Geschrei, dass die Nazis als die Angegriffenen besonders unter Terror litten, und deshalb auch die grösste Zahl der Todesopfer zu verzeichnen hätten, wird durch die Statistik widerlegt, wenn man diesen groben Fehler der amtlichen Nachweisung korrigiert. Wir haben ferner vergebens über die Nachweisung der Ermordung des Kommunisten Schauff in Königsberg in der Terrornacht vom 31. Juli zum 1. August gesucht. Dies Opfer organisierten nationalsozialistischen Terrors ist in der amtlichen Nachweisung nicht enthalten! Derartige Fehler nehmen der Einzelnachweisung jeglichen Wert.

Als Ganzes genommen gibt der Ueberblick über die Zahl der Todesopfer ein eindeutiges Bild. Es bedarf allerdings der Ergänzung! Der Ergänzung durch eine Statistik über die Gerichtsverhandlungen, die den politischen Morden gefolgt sind und über die Urteile, die dabei ausgesprochen worden sind. Eine solche Statistik, gegliedert nach der Parteizugehörigkeit der Angeklagten und nach der Höhe der Strafen stösst auf weit weniger technische Schwierigkeiten als die Statistik über die Todesopfer. Sie wird deshalb richtiger sein und sicherlich noch bezeichnender.

Also heraus mit der Statistik über die politischen Mordprozesse!

SPD. Paris, 29. Sept. (Eig. Drahtb.)

In Dünkirchen ist am Donnerstag-Nachmittag in Anwesenheit des Chefs des Admiralstabes ein neuer französischer Torpedobootzerstörer vom Stapel gelassen worden, der den Namen "Vauquelin" erhalten hat. Das Schiff hat eine Wasserverdrängung von 2 800 Tonnen und ist mit zwei Maschinen von zusammen 75 000 PS ausgestattet, die ihm eine Geschwindigkeit von 40 Seemeilen verleihen sollen. Die Bestückung besteht aus fünf 13,8 cm Geschützen, einem 7,5 cm Geschütz, vier Flugzeugabwehrkanonen und sieben Torpedo-Lancierrohren.

SPD. Der Preussische Staatsrat hat am Donnerstag mit 74 gegen 6 Stimmen der Kommunisten beschlossen, gegen den Landtagsbeschluss vom 23. d. Mts. auf Vorverlegung der Neuwahlen der Vertretungen der Gemeinden und Gemeindeverbände auf den 6. November Einspruch zu erheben. Der Beschluss auf Vorverlegung der Gemeindevahlen kann nach dem Einspruch des Staatsrats nur noch rechtswirksam werden, wenn er im Landtag eine Zweidrittelmehrheit erhalten würde. Das ist jedoch ausgeschlossen. Der Landtag dürfte sich deshalb mit dem Beschluss des Staatsrats erst garnicht mehr beschäftigen.

SPD. Amsterdam, 29. Sept. (Eig. Drahtb.)

Die Kontingentierungspolitik der Reichsregierung trägt von Tag zu Tag weitere Früchte. Jetzt hat der Verband der niederländischen Brauereien im Hinblick auf die neuen deutschen Kontingentierungsmassnahmen seinen deutschen Lieferanten durch Rundschreiben mitgeteilt, dass die niederländischen Brauereien wegen der Nichtberücksichtigung der niederländischen Interessen durch Deutschland in diesem Jahre sowohl ihre Maschinen als auch die von ihnen benötigten Mengen an Gerste, Malz und Hopfen nicht in Deutschland bestellen würden.

SPD. Die Nazis als Hüter der "Weimarer Judenverfassung", seit Wochen erleben wir diese Groteske und das deutsche Volk hat viel darüber zu lachen. Ein Minister jedoch, der sich selbst zum Oberregierungsrat ernannt, kein Satiriker hätte je in der kühnsten Phantasie einen solchen Witz erträumt. Im Naziparadies Mecklenburg-Schwerin ist er erstanden und zur Wahrheit geworden.

Aus zwei Ministern besteht das mecklenburgische Hitler-Kabinett: aus dem Ministerpräsidenten Ganzow, dessen Befähigungsnachweis zu seinem hohen Amt darin besteht, dass er der Schwager von Nazi-Goebbels ist; und aus dem Minister Dr. Scharf. Dieses Zweimänner-Kollegium hat beschlossen, sein Mitglied Dr. Scharf zum Oberregierungsrat zu ernennen. Mit diesem Kabinettsbeschluss hat sich das Hitlerministerium Ganzow-Scharf in dem Buch für Lächerlichkeiten verewigt und neben dem Ochsenkopf im Wappen wird der Minister dieses Landes weiterleben, der sich selbst zum Oberregierungsrat befördert. Der Kriegsminister, der sich zum Offizierstellvertreter ernannt, könnte nicht lächerlicher wirken.

Leider hat diese Komödie auch ihre tragische Seite, die heute die humoristische in den Schatten stellt. Wenn es den Nazioten in Mecklenburg wie anderwärts gelungen ist, Millionen von Wählern zu gewinnen, Parlamentsmehrheiten zu erobern und Regierungen zu bilden, so deshalb, weil die Braunen Häuser dem Volke das Paradies versprochen und ihre Agitation mit den billigsten und dümmsten Phrasen gewürzt haben. Zu denen gehörte auch "der Kampf gegen die sogenannte Bonzokratie und gegen die Futterkrippenjäger". In Anhalt, in Oldenburg und Mecklenburg regieren nun die Herren aus den Braunen Häusern schon seit Wochen. Das Paradies suchen die Bewohner dieser Länder jedoch immer noch mit dem Fernrohr, und es ist keine Uebertreibung wenn wir hinzufügen, dass es in diesen Ländern dem schwerkgeprüften und notleidenden Volke, den Bauern, den Arbeitern, den Beamten, Angestellten und Mittelständlern seit der Nazi-Herrschaft noch viel schlechter geht, als ehemals. Nichts, nichts, nichts haben die Nazi-Regierungen und die Nazi-Mehrheiten in diesen Einzelstaaten an schöpferischen und positiven Leistungen aufzuweisen. Nichts haben die Nazi-Minister getan, als wie die Armen noch ärmer gemacht. Sie haben die Notverordnungen der Barone getreulich durchgeführt, ja stellenweise die Gehälter der Beamten und Angestellten noch darüber hinaus gekürzt. In Mecklenburg-Strelitz ist zugleich das Staatseigentum in unerhörter Weise verschleudert, sind die sozialen Leistungen für Arbeitslose, für Rentner, Waisen und Kranke rigoros vermindert und vielen Gemeinden selbst die Mittel für die Wohlfahrtsunterstützung genommen worden.

Bleibt die einzige Tat in Mecklenburg, dass sich der Herr Minister höchst eigen zum Oberregierungsrat ernannt und sich damit zeitlebens ein gutes Gehalt und eine gute Pension sichert! Mögen nun die künftigen Wahlen ausfallen wie sie wollen, mag auch das Nazikabinett bereits wackeln. Mag das Volk in Not und Armut ertrinken. Der Herr Nazi-Minister hat wenigstens für sich gesorgt und ausgesorgt. Das war der Sinn der Nazi-Agitation und so endet die "Errettung und Erneuerung" des deutschen Volkes durch die Hitlerpartei: im Regierungsrat Hitler und in seinem Oberregierungsrat Scharf!

SPD. Kiel, 29. September (Eig. Drahtb.)

In Kiel ist der Reichstagspräsident, Nazi- und Arbeiterführer Goering eingetroffen, um hier den Kampf gegen die Barone und gegen die feinen Leute fortzusetzen. Und zwar: in silber-glänzender Limousine, in der er täglich vom vornehmsten Hotel der Stadt zum Schloss Canker fährt. Hier ist Goering Jagdgast des Landgrafen von Hessen. Böse Zungen behaupten, unter den übrigen Gästen sei bis heute noch kein einziger Arbeiter und ausser Goering kein anderer "Sozialist" zu entdecken gewesen. Die sozialdemokratische Presse kann es nicht kontrollieren. Eine Lüge ist es jedoch, wenn behauptet wird, Goering habe im Jagdgebiet Canker mehr Böcke geschossen als im Reichstag.

SPD. Stuttgart, 29. September (Eig. Dr.)

Von den Parteien, deren Bedeutung im ständigen Schrumpfen begriffen ist, wird in Württemberg wieder einmal eine "Bürgerliche Sammlung" zu bewerkstelligen versucht. Auf Anregung des "Splitters", der sich pompös Volksrechtspartei nennt, wird zur Zeit in Stuttgart zwischen dieser, der Wirtschaftspartei, der Staatspartei, dem christlichen Volksdienst und dem Bauernbund mit dem Ziel verhandelt, bei der Reichstagswahl gemeinsame Listen aufzustellen. Die dazu eingeladene Deutsche Volkspartei hat ihre Teilnahme abgelehnt, sie ist wieder mit den Deutschnationalen im Bunde.

Der Sammlungsversuch dürfte insofern ergebnislos verlaufen, als er die Zahl der für diese Parteien verfügbaren Mandate bestimmt nicht vermehren wird. Ein Wahlvorschlag, auf dem der Staatspartei Heuss mit dem Bauernbündler und fünfzigprozentigen Hakenkreuzler Baron v. Stauffenberg gemeinsam figuriert, dürfte vielmehr noch die letzten, auf beiden Seiten vorhandenen Wählerkopfscheu machen und veranlassen, diesem Gesinnungsbrei endgültig den Rücken zu kehren.

SPD. Breslau, 29. September (Eig. Drahtb.)

Von dem Erweiterten Schöffengericht in Liegnitz wurden der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei in Jauer, der Vorsitzende des Reichsbanners und ein dritter Reichsbannermann zu je drei Monaten Gefängnis wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten verurteilt. Sechs Arbeiter, Mitglieder der SPD und des Reichsbanners, erhielten wegen Aufruhrs je sechs Monate und vier Monate Gefängnis, drei Strafen von 3 bis 6 Wochen. Fünf Angeklagte wurden freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte insgesamt 92 Monate Gefängnis beantragt.

Der Prozess war ein Nachspiel zu den Unruhen in Jauer gelegentlich des Stahlhelmtages vom 31. Mai 1931. Das Gericht billigte allen Angeklagten mildere Umstände zu und erkannte grösstenteils auf die Mindeststrafen. Entgegen der Anklage wurde nicht angenommen, dass vom Reichsbanner planmässige Angriffe gegen die Stahlhelmlleute beabsichtigt waren.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

"Das Reichskabinett nahm am Donnerstag einen Bericht des Reichsaussenministers von Neurath über die Genfer Tagung entgegen und billigte einstimmig die Haltung des deutschen Delegationsführers. Sodann beriet das Reichskabinett eine Reihe von Wirtschafts- und Verwaltungsfragen.

SPD. Wien, 29. September (Eig. Drahtb.)

Die Wiener Hakenkreuzler eröffneten am Donnerstag in Wien ihren Gautag, zu dem u.a. Hitlers Nebenbuhler Strasser erschienen ist. Anlässlich dieser Veranstaltung hatten die Nazis die Parole ausgegeben, in Braunhemden und mit Hakenkreuzabzeichen versehen die Strassen Wiens zu überfluten. Die Sozialdemokratische Partei rief daraufhin ihre Anhänger auf, in der Uniform des Schutzbundes oder mit den Freiheitspfeilen zu demonstrieren. Die Folge ist, dass man am Donnerstag auf den Strassen keine Hakenkreuzler-Uniformen sah, sondern nur demonstrierende Sozialdemokraten.

An einigen Stellen Wiens kam es zu Zusammenstößen, als Hakenkreuzler sozialdemokratische Jugendliche anpöbelten. Die Nazis wurden überall in die Flucht geschlagen.

SPD. Der sogenannte Polizei-Untersuchungs-Ausschuss des preussischen Landtags schloss am Freitag seine Beratungen wegen der Haussuchungen im Reichstag ab.

Die nächtliche Durchsuchung der Fraktionsräume der KPD im Reichstage wird von dem Ausschuss als eine bis dahin in dieser Art nie vorgekommene Verletzung der parlamentarischen Immunität bezeichnet. Da es aber den Polizeibeamten verboten worden sei, ihrer Zeugenpflicht zu genügen, so sei es dem Ausschuss unmöglich die unmittelbaren Auftraggeber und Verantwortlichen für die Tat festzustellen. Auch das Verhalten des Polizeiführers v. Werder sei in der Ausführung des Auftrages unkorrekt gewesen. Werder habe angegeben, dass er in direktem Auftrage des Polizeipräsidenten gehandelt habe. Der Polizeipräsident aber habe der Presse erklärt, ihm sei von der ganzen Aktion nichts bekannt gewesen.

Auf Grund dieser Feststellungen beschloss der Ausschuss mit allen gegen die deutschnationalen Stimmen folgende Erklärung: "Nach der aktenmässigen Feststellung der Behörden trägt Reg. Rat von Werder zunächst die äusserlich erkennbare Verantwortung für die Aktion, die er eigenmächtig und ohne Vorwissen des Polizeipräsidenten und des Reichskommissars vorgenommen zu haben angibt. Der Ausschuss stellt fest, dass Reg. Rat von Werder für seine Verfehlung nicht zur Verantwortung gezogen worden ist. Der Ausschuss ist der Auffassung, dass dies umgehend geschehen muss."

Die Durchsuchung stellt einen Verstoss gegen Art. 38 der Reichsverfassung dar, für den die kommissarische Staatsregierung die volle Verantwortung trägt"

SPD. Paris, 29. September (Eig. Drahtb.)

Ein bei der Explosion auf dem U-Boot "Persée" schwer verletzter Matrose ist in der Nacht zum Donnerstag im Lazarett gestorben. Die Zahl der Todesopfer erhöht sich damit auf vier. Einige Schwerverletzte befinden sich noch in bedenklichem Zustande.

SPD. Schwerin, 29. September (Eig. Dr.)

Die Hitlerregierung von Mecklenburg-Schwerin hat gemäss einer Anregung der Barons-Regierung, aber im Gegensatz zu dem anhaltischen Kabinett angeordnet, dass anlässlich des 85. Geburtstages des Reichspräsidenten in allen Schulen des Landes am letzten Schultag vor dem 2. Oktober der Unterricht auszusetzen ist. Aus dem gleichen Anlass sind am 2. Oktober auf den staatlichen Gebäude die Landesfarben zu hissen.

+ + +

Die anhaltische Regierung, die sich aus einem Nationalsozialisten und einem Deutschnationalen zusammensetzt, hat es abgelehnt, der Anregung der Barone zu folgen und Hindenburgs 85. Geburtstag besonders feiern zu lassen.

SPD. Paris, 29. September (Eig. Drahtb.)
Sauerwein bemerkt im "Paris Soir" zu der durch die Abreise des Reichsaussenministers in Genf geschaffenen Lage: "Wenn Herr von Papen geglaubt hat, dass die Abberufung von Neuraths dem Völkerbund einen grossen Schlag versetze und tiefgehende Verstimmung hervorrufen würde, so ist das eine falsche Berechnung gewesen. Weit davon entfernt, durch die Abreise von Neuraths erschrocken zu sein, fühlt sich der Völkerbund gewissermassen beruhigt. Alle Beweggründe, die Herriot veranlasst haben in der Völkerbundsversammlung zu sprechen, sind durch die Abreise des Reichsaussenministers noch verstärkt worden. Ebenso wie Deutschland mit seinem Schmollen gegenüber der Abrüstungskonferenz gezeigt hat, dass es nicht das internationale Spiel von Genf mitmachen will, beweist es jetzt durch die Zurückziehung seines ersten Delegierten am Vorabend einer grossen Debatte, dass es seine Doktrin nicht dem Licht einer öffentlichen Erörterung aussetzen will, dass es die Form und den Geist des Völkerbundes verachtet und dass es sich in die so armselige und veraltete Einschüchterungspolitik zurückzieht. Frankreich steht jetzt nur noch dem zweiten deutschen Delegierten, Herrn Rosenberg gegenüber, der nach der Ansicht aller nur die Ueberreste einer schon früher mittelmässigen Intelligenz besitzt."

SPD. Danzig, 29. September (Eig. Drahtb.)
In Danzig wurden vier Nationalsozialisten festgenommen, die unter dem Verdacht stehen, an den Königsberger Terrorakten beteiligt gewesen zu sein. Als die vier Verhafteten über die Grenze nach Ostpreussen abgeschoben werden sollten, wurden sie von preussischen Polizeibeamten in Empfang genommen.

SPD. Im Polizei-Ausschuss des preussischen Landtages wurden am Freitag die Zeugenvernehmungen über die Berliner Nazi-Unruhen am Skagerraktage beendet. Während der Vernehmung des am 20. Juli aus dem Amt geholten Polizeikommandeurs Heimannsberg kam es zu heftigen Zusammenstössen mit den Ausschussmitgliedern der Nazi-Partei. Als sie ihn mit "Herr Oberst" anredeten, verbat sich dies der Zeuge. Er erklärte, heute noch Polizeikommandeur zu sein. Er sei zwar beurlaubt, aber bis heute habe ihm noch niemand den Grund zu dieser Massnahme angegeben. Die Nazi-Mitglieder zogen sich aus der für sie peinlichen Angelegenheit, indem sie Heimannsberg fortan als "Herr Zeuge" anredeten. Heimannsberg hatte aber noch eine zweite Birne mit denen zu pflücken, die am 20. Juli über die Tat der Barone gejubelt haben und heute denselben Baronen den Krieg erklären, weil die Braunen Häuser sich um die Posten betrogen fühlen.
In einer der früheren Sitzungen des Ausschusses hatte Nazi-Engel Heimannsberg sowie Grzesinski als "Polizeiburschen" bezeichnet. Heimannsberg will wissen, ob diese Beschimpfung, die er in der Presse gelesen habe, gefallen sei. Der Vorsitzende des Ausschusses, Schwenk (KPD), will die Frage nicht zulassen. Darüber entsteht eine Debatte zwischen den Ausschussmitgliedern. Nazi-Engel sagt, er könne sich nicht mehr entsinnen. Schliesslich findet ein Partei-freund von Heimannsberg, ein Zentrumsabgeordneter, im Protokoll der damaligen Sitzung, dass Engel in der Tat das Schimpfwort gebraucht hat. Engel beruft sich jetzt auf seine Immunität als Abgeordneter und will das Wort nicht zu-

rücknehmen. Heimannsberg hält ihm vor, dass er viel älter sei als Engel und dieser doch noch ein junger Mann sei. Der Ausschuss beschliesst nunmehr den Ausschluss der Öffentlichkeit.

Als die Öffentlichkeit dann wiederhergestellt wird erklärt Nazi-Freisler für Engel: dieser habe erst jetzt aus dem Stenogramm ersehen, dass er damals gegen Heimannsberg einen so scharfen Ausdruck gebraucht habe. Er bedauere dies und ziehe die Beleidigung zurück. Helden - diese Nazis!

Heimannsberg sagt schliesslich noch als Zeuge aus: die Polizei sei bei den Skagerrak-Unruhen sehr gemässigt - vorgegangen und nur nach ihrer Pflicht Ein Befehl. verschiedene Parteien verschieden zu behandeln sei vom Polizeipräsidentium nie gegeben worden.

Damit ist die Untersuchung der Skagerrak-Affäre beendet.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Kurswechsel in Schweden.

(Von unserem Stockholmer Berichterstatter.)

SPD. Stockholm, im September (Eig. Ber.)

Das Ergebnis der schwedischen Reichstagswahlen war nicht nur ein Miss-
trauensvotum gegen die inzwischen zurückgetretene bürgerliche Regierung
Hamrin. Die vierzehn von der Sozialdemokratischen Partei gewonnenen Mandate
sind zu gleicher Zeit ein deutliches Symptom für die im Volke immer tiefer und
breiter wachsende antikapitalistische Gesinnung. In fast allen Wahlkreisen ha-
ben sich die sozialdemokratischen Stimmen um 20 bis 25 Prozent vermehrt. Mehr
als das Mandatzuwachs beweist diese Tatsache, wie sehr die Ueberzeugung an
Boden gewinnt, dass nur mit sozialistischen Mitteln ein Ausweg aus der Wirt-
schaftskrise gefunden werden kann.

Länger als zwei Jahre war das vergangene bürgerliche Kabinett am Ruder.
Durch den Fall Kreuger hatte es seinen Kapitän auswechseln müssen. Minister-
präsident Ekman war eines der Opfer des Riesenskandals. Ob aber Hamrin oder
Ekman: man wird vergebens nach irgend einer staatsmännischen Tat dieser ver-
flossenen Regierung suchen. Hilflös haben die bürgerlichen Minister der Krise
gegenübergestanden, und sie haben nicht einmal den Versuch unternommen, die
Arbeitslosigkeit zu mindern.

Es zeugt für den Mut und für das Verantwortungsbewusstsein der Sozialde-
mokratie, dass sie sich selbst als Minderheitsregierung nicht gescheut hat,
in Schwedens schwerster und dunkelster Stunde die Führung des Landes zu über-
nehmen. Es wird eine Kampfregerung sein, in des Wortes wahrster Bedeutung.
Die wichtigsten und einschneidendsten Reformen sind notwendig, damit wenigstens
die schlimmsten Wunden, die die Krise dem Land und dem Volk geschlagen hat,
geheilt werden können. Vor allem gilt es der Arbeiterschaft den Unterschied
zwischen einer rein bürgerlichen und einer sozialistischen Regierung zu zeigen.
Bisher war es die Arbeiterklasse, auf deren Rücken die Krise getanzt ist. Mehr
als leere Versprechungen haben die Arbeiter nicht bekommen. Es ist die vornehm-
ste Aufgabe der sozialistischen Regierung, wenigstens die Arbeitslosenversiche-
rung einzuführen. Dieser Plan hat bereits die bürgerliche Presse zu heftigen
Attacken getrieben, aber die Sozialdemokratie weiss, dass ihr nichts in den
Schoss fallen und jede Reform nur unter schweren Kämpfen durchzusetzen ist.

Dass die neuen Männer, aus denen sich die jetzt vierte sozialistische Re-
gierung Schwedens zusammensetzt, aus dem für ihre Aufgabe notwendigen Holz ge-
schnitten sind, beweist ihre Vergangenheit. Jahrzehntlang haben sie in Partei
und Gewerkschaft die verantwortlichsten Ämter innegehabt. Diese sozialdemokra-
tischen Minister sind in und mit der Arbeiterbewegung aufgewachsen, und sie
wissen, dass Politik und Regierung nicht geleitet werden können von plotzli-
chen Einfällen und Eingebungen, sondern von klarem politischen Willen und
Wollen, gegründet auf der Kenntnis der wirtschaftlichen, sozialen und poli-
tischen Verhältnisse.

In einer schlichten aber wirkungsvollen Form hat das neue Kabinett im
Rahmen seiner Antrittserklärung die bedeutendsten Massnahmen umrissen, die es
zu unternehmen gedenkt, um die Krise zu lösen. Wie sehr die neue Regierung
allen halben Massnahmen abhold ist, verrät vor allem die Besetzung zweier
Ministerien: des Kriegs- und des Kultusministeriums. Die Rechtspresse bezeich-
net beide Minister als Erzfeinde der ihrer Obhut anvertrauten Institutionen
und empfindet beispielsweise die Ernennung Arthur Engbergs zum Kultusminister
als einen Schlag ins Gesicht des gesamten bürgerlichen Schweden. Dass das
Kriegswesen in erster Reihe von den beabsichtigten Sparmassnahmen betroffen
werden soll, hat die Regierung in ihrer Erklärung ausdrücklich hervorgehoben.

Der neue Handelsminister Fritjof Ekman hat bisher noch kein staatliches
Amt innehabt. Er ist Organisator des schwedischen Metallarbeiterverbandes.

Viele Jahre hat er diese Gewerkschaft, die ihrer Bedeutung nach die ausschlaggebende Körperschaft innerhalb der schwedischen Arbeiterbewegung ist, geleitet. Ekman wird selbst von der bürgerlichen Presse als ein Mann gerühmt "von reifem Verstande und im Besitze umfassender Kenntnisse auf dem Gebiete der schwedischen Industrie und der Arbeiterfragen".

Vor der Bildung der sozialdemokratischen Minderheitsregierung hat sich der jetzige Ministerpräsident Hansson um einen Linksblock bemüht und zu diesem Zwecke eingehende Verhandlungen mit den Vertretern der Freisinnigen Volkspartei gepflogen. Man hat jedoch von ihm Konzessionen und Zusicherungen verlangt, die die Integrität seines auf dem Prinzip des Freihandels aufgebauten Programms gefährdet hätten. So hat sich Hansson zu einer Regierung ohne die Freisinnigen entschlossen. Er wird im Parlament manche Klippe zu umschiffen haben. Immerhin kann seine Regierung in gewissen Fragen auch auf einige Abgeordnete des linken Bürgertums zählen.

SPD. Genf, 29. September (Eig. Drahtb.)

In Erwartung der grossen Rede Herriots war der Saal der Völkerbundsvollversammlung zum ersten Male während dieser Tagung brechend voll. Indessen brachte diese Rede eine Enttäuschung.

Herriot betrachtete es als seine Hauptaufgabe, den Pessimismus zu bekämpfen. Er hob deshalb alle Erfolge des Völkerbundes einschliesslich Lausanne und Stresa besonders hervor. Mit betonter Zurückhaltung vermied er es, auf das "brennende Problem", die Lage der Abrüstungskonferenz, einzugehen. Dann gab er dem Völkerbund ein Programm, das wiederum den Willen Frankreichs zeigen sollte, an der Versailler Ordnung Europas und der Welt nicht rütteln zu lassen. Unter keinen Umständen werde Frankreich eine andere Lösung dulden, als sie in den strengen Regeln des Versailler Vertrages und des von ihm abhängigen Völkerbunds vorgesehen sei. Der Völkerbund müsse die Geheimdiplomatie, die Allianzen und jede Art von Hegemonie beseitigen, sowie das gleiche Recht für alle Staaten errichten, ob gross oder klein. Zu diesem Programm, für das der Völkerbundspakt, und nur er allein, der Weg sei, stehe Frankreich ohne jeden Hintergedanken.

Lord Cecil-England erklärte im Verlauf der Debatte die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland als unbedingt notwendig. Die Welt müsse den beiden Völkern dabei helfen. Es müsse Voraussetzung sein, dass der Wille zum Frieden vorhanden sei, sonst könne keine Maschinerie des Friedens arbeiten. In der Abrüstung gebe es jetzt kein Ausweichen mehr. Die Völker erwarteten ein Ja oder Nein. Wenn keine Abrüstung herauskäme, dann sei das unendlich viel schlimmer, als wenn gar nicht angefangen worden sei, dieses Problem in einer Konferenz zu behandeln. Die Nationen müssten abrüsten oder untergehen. Cecil schloss mit einem neuen Bekenntnis zum Völkerbund, dessen Kosten noch nicht so hoch seien wie die eines einzigen grossen Kriegsschiffes.

SPD. Köln, 29. September (Eig. Drahtb.)

Jetzt ist auch der "Westdeutsche Beobachter", wie bereits einige Nazi-Zeitungen vor ihm, mit dem Roman "Alexander Forescu" von Hans Land, dem Sohn des Berliner Oberrabbiners, hereingefallen. Als das Blättchen nach der dritten oder vierten Fortsetzung den Reinfall bemerkte, wurde das Weitererscheinen des Romans aus "technischen Gründen" eingestellt.

SPD. Der Reichspräsident vollendet am 2. Oktober sein 85. Lebensjahr.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Wilhelminischer Kitsch.

SPD. Das Kabinett der Barone hat auf die Gespenster der Vergangenheit wie die Drommete des jüngsten Gerichts gewirkt. Ueberall öffnen sich die Gräber und längst Vergangenes und Begrabenes steigt daraus empor, um noch einmal in schattenhaftem Totentanz Leben zu spielen. So meldet sich aus der Vergangenheit das Königlich Preussische 4. Garderegiment zu Fuss in der Person des Vorsitzenden seines Regimentsvereins, Oberst Reinhart. Die Herren von der Garde sind unzufrieden mit den Entwürfen für ein Reichsehrenmal. Und ihr Vereinspräsident hat dem Freiherrn von Gayl eine Denkschrift darüber geschickt, wie ein Ehrenmal für die Opfer des Weltkrieges nach dem Gardegeschmack aussehen müsse: Ein Panorama mit bunten Bildern an den Wänden, in der Mitte ein Infanterist, ein Artillerist, ein Kavallerist, ein Flieger und ein Matrose, aussen am Gebäude Waffenschmiede mit den Gesichtern von Bismarck, Moltke und Roon.

Der Kitsch der wilhelminischen Aera, die Denkmalsgruel einer vergangenen Zeit sollen wieder auferstehen! Die Herren von der Garde leben immer noch vor dem Weltkrieg. Sie erhoffen von Papen und den Seinen eine Restauration auf allen Gebieten. Sie sehen zwanzig Jahre deutscher Geschichte ausgestrichen und die Welt wieder, wie sie vordem war. An allen Ecken und Enden Kriegerdenkmäler in wilhelminischem Kitschstil, die Herren von der Garde in bunten Uniformen, das Volk ersterbend in Untertanengesinnung.

Die deutsche Gespensterstunde hat die Herren von der Garde aus dem Sarge hervorgehlockt. Wenn es eins schlägt, werden sie mit Gekrach in die Gräber zurückpoltern und mit ihnen alle jene Kräfte, die noch einmal das Vergangene heraufbeschworen haben.

Reaktionäre Epoche.

Durch alle Lebensäusserungen der Zeit geht eine reaktionäre Schwingung, eine Ermattung der modernen Kräfte hat alle rückschrittlichen Tendenzen enttes selt, in der Kunst so gut wie in der Politik. Der Katholizismus pflegt solchen Schwingungen sehr feinfühlig zu folgen. Die katholische Kunst ist mit der modernen Richtung mitgegangen, aber jetzt zeigt ein Zusammenstoss zwischen der modernen Richtung der katholischen Kunst und den rückschrittlich konservativen Kräften sehr deutlich den reaktionären Charakter der Zeit.

Auf dem Essener Katholikentag war eine Ausstellung für christliche Gegenwartskunst veranstaltet worden, in der der moderne Kirchenstil und moderne religiöse Gemälde gezeigt wurden. Die moderne Richtung ist hier noch voll zum Ausdruck gekommen. Gegen diese Darstellung hat sich das Blatt des Vatikans, der "Osservatore Romano" Nr. 208 in der schärfsten Form gewandt. Er nennt Beispiele moderner katholischer Kunst "Gotteslästerungen im Bilde" und benutzt seine Kritik an dieser Ausstellung zu einem grundsätzlichen Vorstoss gegen die moderne Kunst :

"Ebenso wie es unmöglich ist, einen getreuen Ausdruck des Ekels und des Zornes zu finden, den diese Gotteslästerungen im Bilde erringen, ebenso wenig ist es möglich, einen genügend starken und gleichwertigen Protest zu erheben. Es ist an der Zeit, es laut und deutlich auszusprechen, dass der Wahnsinn religiös-gesundes Empfinden nicht ausdrücken kann, dass Karikaturen einer heiligen Gestalt und Darstellung unwürdig sind, dass die Sucht nach dem Neuen, nach dem Originell-sein-wollen, nach dem Fremden, das mangelnde Verständnis dafür verrät, was Tradition ist und Tradition sein muss, dass das futuristische

Blendwerk einen lächerlichen Zeitrechnungsfehler im Bereich des Ewigen darstellt.*

Die konservativen Tendenzen werden entsprechend dem allgemeinen Zug der Zeit zu reaktionären Tendenzen. Die politische und soziale Reaktion, das Wiederaufleben des Muckertums, der Kampf gegen das Natürliche im Namen des Christentums, die Verdammung der neugestaltenden Kräfte in der Kunst, alles zeigt den Vorstoss der Reaktion auf allen Gebieten des Lebens. Die katholische Kirche gesellt sich zu den reaktionären Kräften, sie zeigt ihrerseits den reaktionären Charakter der Epoche, indem sie die moderne katholische Kunst auf den Index setzt!

Faschist und Demokrat!

Vor einem Wiener Bezirksgericht hat sich eine Ehrenbeleidigungsklage eines ehemals faschistischen Publizisten gegen zwei Publizisten des Heimatschutzverbandes abgespielt. Der Kläger war aus dem faschistischen Heimatschutzverband Starhembergs ausgetreten und der niederösterreichischen Heimwehr beigetreten, bezeichnete sich aber nach wie vor als Anhänger des Heimatschutzverbandes. Darauf erklärte das Organ der Heimatschützer, dass unter anständigen und denkenden Menschen ein derartiges Vorgehen unstatthaft sei. Die Beklagten erklärten vor Gericht, der Heimatschutzverband bekenne sich zu Staat, Staat und Diktatur, die Heimwehr zur Demokratie. Man könne nicht gleichzeitig Faschist und Demokrat sein. Das Gericht folgte dieser These und sprach die Beklagten frei.

In Deutschland wäre die These, dass man nicht gleichzeitig Faschist und Demokrat sein könne, nicht so einfach durchzusetzen. Herr Göring z.B. legt nach wie vor Wert darauf, für einendeutschen Faschisten angesehen zu werden. Und sein kameradschaftlicher Verkehr mit den italienischen Faschisten zeigt, wie sehr er sich als Faschist fühlt. Aber hat man jemals einen orthodoxeren Fanatiker der Demokratie und des Parlamentarismus gesehen, als denselben Herr Göring? Schwört nicht seine ganze Partei gleichzeitig auf den Faschismus und die demokratisch-parlamentarische Verfassung? Wehe dem, der nach dem Vorbild der Starhemberg-Journalisten erklären wollte, dass ein solches Vorgehen unter anständig handelnden und denkenden Menschen unstatthaft sei. Er würde sich eine Beleidigungsklage zuziehen und man würde das Schauspiel erleben, dass die deutschen Faschisten vor Gericht im Gegensatz zu den österreichischen Faschisten die These verteidigen würden, dass man gleichzeitig Faschist und Demokrat sein könne. Sie sind eben alles gleichzeitig. Mal Demokraten, mal Diktaturanbeter, mal Monarchisten, mal Republikaner - das ist eben die besondere Eigenart ihrer Gesinnung.

Ein ahnungsloser Engel.

Im pommerschen Naziblatt "Pommersche Zeitung" Nr.78, regt sich einer über den Hellseher-Betrieb auf. Er belächelt die Hellseher, die aus dem Buchstaben auch des Vornamens eines Parteiführers Prophezeiungen über seinen Erfolg oder Misserfolg ableiten wollen. Er spricht von einer Seuche von Kaffeegrund und Horoskop, über die er mitleidig lächelt.

Ein ahnungsloser Engel! Ob der Jüngling niemals etwas von Herrn Hanussen gehört hat, dem neuen Hofastrologen und Propheten des Nationalsozialismus, auf den so viele prominente Nationalsozialisten schwören, der von den Geldern der Armen im Geiste aus dem Lager des Nationalsozialismus ein luxuriöses Leben führt, als der Cagliostro des deutschen Faschismus!

Aus aller Welt

"Das ist der Schiesser!"

Sensationelle Wendung im Berliner Sondergerichtsprozess. - Was ist ein Sturmabend? - Meineidsanzeige gegen Kriminalbeamten!

SPD. Der Prozess "Roentgenstrasse" dauert jetzt bereits neun Tage. Die Schuld der SA.-Leute an den Vorgängen am 29. August steht eindeutig fest. Aber noch immer ist kein SA.-Mann verhaftet worden. Noch immer belasten SA.-Leute die neun des gemeinsamen Totschlags und "anfriedensbruchs" angeklagten kommunistischen Arbeiter.

Wie geht es auf einem Sturmabend der "SA.33" zu? Der SA.-Mann Zeuge Hamm verriet am Donnerstag, wie er sich vor der Schiesserei mit seinen Kameraden in den "Hohenzollernfestsälen" die Zeit vertrieben haben will: "Es wurde festgestellt, wie viel Mann da sind." Vert.: "Sonst geschah nichts?" Hamm: "Nein". Vert.: "In welcher Form kam man zusammen?" Hamm: "Wir standen in zwei Reihen gegliedert." Vert.: "Volle zwei Stunden lang?" Hamm: "Nicht die ganzen zwei Stunden lang". Vert.: "Sonst wurde nichts gesprochen?" Hamm: "Vorne standen drei bis vier Leute, die haben sich unterhalten. Ich stand in der Reihe und hab stillgestanden". Vert.: "Daraus bestand der ganze Sturmabend?" Hamm: "Jawohl". Vert.: "Wer hat geleitet?" Hamm: "Ein Dunkelblonder, den ich nicht kenne."

Vom Zeugen SA.-Mann Hamm sagte am Donnerstag die Zeugin Frau Engelhardt, die die Vorgänge vor dem SA.-Lokal im Hause Roentgenstrasse 12 zu Beginn der Schiesserei genau beobachtet hat, aus: "Das ist der Schiesser! Er war einer der ersten, die mit aus dem Lokal herausgestürmt sind. Ich habe ihn am Morgen nach der Schiesserei kommen sehen. Auch mein Sohn hat ihn wiedererkannt. Da haben wir ihn von der Polizei festnehmen lassen."

SA.-Mann Hamm war von der Polizei nach kurzer Zeit wieder freigelassen worden. Warum? Der als Zeuge vernommene Kriminalassistent Dann sagte vor wenigen Tagen: " - weil er sein Alibi nachweisen konnte." Am Donnerstag erklärte der Zeuge Dann, dass nicht er die Freilassung verfügt habe, sondern der ihm übergeordnete Kriminalkommissar. Vert.: "Zeuge Hamm, wodurch haben Sie dem Beamten ihr Alibi bewiesen?" Hamm: "Ich habe mich auf meinen Freund Moslack bezogen, bei dem ich an dem Abend war". Vert.: "Ist Moslack SA.-Mann?" Hamm: "Nie gewesen". Vert.: "Was ist er denn?" Hamm: "Weiss ich nicht". Vert.: "Ist er nicht SS.-Mann?" Hamm: "Ja". Vert.: "Wurde Moslack polizeilich vernommen?" Hamm: "Das weiss ich nicht". Vors. (später) zu den Kriminalassistenten Dann: "Wissen Sie, dass Moslack von der Polizei über die Richtigkeit des Alibibeweises des Zeugen vernommen worden ist?" - Dann: "Ich glaube nicht." Vert.: "Der Zeuge Hamm hat zum Beweis seines Alibis noch einen Polizeibeamten genannt. Ist mit dem gesprochen worden?" Dann: "Nein, der war ja erst später hinzugekommen. Es ist mit ihm nicht gesprochen worden". Vert.: "Wieso sind Sie da neulich zu der Formulierung "einwandfreies Alibi" gekommen?" Dann: "Ich behandle die Sache doch bloss allgemein. Da arbeiten doch auch noch andere Beamte mit. Aus eigener Wahrnehmung weiss ich über das Alibi nichts." Vert.: "Ich stelle die unterschiedliche Behandlung zwischen Nazis und Kommunisten fest. Es wäre undenkbar, dass ein Kommunist auf="

grund eines solchen Alibibeweises von der Polizei entlassen worden wäre." Staatsanwalt: "Von einer unterschiedlichen Behandlung kann keine Rede sein". Vert.: Ich will hiermit dem Gericht mitteilen, dass ich gegen den Kriminalassistenten Dann Anzeige wegen Meineids oder zumindest fahrlässigen Falscheides erstattet habe."

+

Die Zeugin Engelhardt brachte noch eine weitere interessante Einzelheit aus der Methodik der polizeilichen Ermittlungen zur Sprache. Sie schilderte, wie in diesen Tagen ein Kriminalkommissar zu ihr in die Wohnung kam und von ihr ausforschen wollte, mit wem sie seit dem verhängnisvollen 29. August alles gesprochen habe; der Beamte hätte den Ausdruck gebraucht: "Der Schlüssel hat sich gedreht". Als Frau Engelhardt sich über die Einmischung beschwerte, da sie schon vor Gericht genügend ausgefragt worden sei, soll der Beamte sehr nervös und anmassend geworden sein, sodass ihn Frau Engelhardt schliesslich von ihrer Tochter herauswerfen liess. Vert.: "Wenn nur ein Prozent davon wahr ist, was die Zeugin erzählt, so muss diese Heimsuchung durch Kriminalbeamte restlos aufgeklärt werden. Die Tatsache dieser Vernehmung ist etwas Ungeheuerliches. Es wurde hier von der Polizei mit einer Methode gearbeitet, die auch durch keine Notverordnung gebilligt wird und wie sie sich in der Kriminalgeschichte Deutschlands bisher wohl noch nicht ereignet haben dürfte." Staatsanwalt: "Wenn Sie mich zu Wort kommen liessen, hätten Sie Ihre Aufklärung". Vert.: "Ich habe nicht gewusst, dass sie reden wollten. Sie machen es wie der Reichskanzler von Papen." (Rüge des Vorsitzenden) Staatsanwalt: "Die Kriminalpolizei geht allerdings neuen Spuren nach. Und aus diesem Grunde waren die Kriminalbeamten Sattler und Dann bei Frau Engelhardt". Vert.: "Das ist doch unerhört! Da schickt man der Zeugin dieselben Beamten ins Haus, die erst die Ermittlungen gemacht haben, die zur Belastung der Kommunisten führten."

+

Im übrigen bekundete in der Donnerstag-Sitzung der unpolitische Zeuge Hesse, der im Hintergebäude des Hauses Roentgenstrasse 12 wohnt, wie kurz nach den ersten Schüssen im Nazi-Lokal der Ruf ertönte: "Polente kommt - den Schlüssel her!" Der Zeuge hat ferner gesehen, wie nach diesem Ruf im SA.-Lokal ein nach dem Hof zu liegendes Fenster geöffnet wurde; zwei Männer seien hinausgesprungen. Ergänzend berichtete eine 14jährige Zeugin, dass sie vor dem Zusammenstoss im Hausflur des von ihr bewohnten Hauses Nr. 12 drei fremde junge Leute sah, die zu ihr gesagt hätten: "Machen sie, dass sie hier wegkommen, hier wird scharf geschossen."

+

Dass der Feuerüberfall vom Nazi-Lokal des Sturms 33 aus verübt wurde, steht einwandfrei fest. Ob die wirklich Schuldigen jemals gefasst werden, steht mit weniger fest. Die recht neuartigen Ermittlungsmethoden der Polizei berechtigen zu wenig Optimismus. Andererseits weiss das Gericht, dass es aufgrund der bisherigen Ergebnisse der Beweisaufnahme die Angeklagten unmöglich dem Henker und den Zuchthausdirektoren überantworten kann. Landgerichtsdirektor Tolk gab daher die Anregung zu prüfen, ob die Vorgänge am 29. August nicht auch unter dem Gesichtspunkt des Raufhandels betrachtet werden könnten. Ein "Kompromiss", durch das die Schuldigen immer noch nicht auf die Anklagebank geschickt werden, die vielleicht unschuldigen Angeklagten aber auf Jahre ins Gefängnis gebracht werden können. Aber freilich - liesse man die Anklage fallen, so wäre dies ein Todesurteil: das Todesurteil gegen die "Methode Sondergericht".

Ego.

+

+

+

Freitod eines Brandstifters. In Zeithain (Sachsen) versuchte ein 18-jähriger Arbeiter seinen Stiefbruder nach einem vorausgegangenen Streit zu erschiesens. Der Schuss ging fehl - daraufhin begab sich der junge Mann in eine nahe gelegene Scheune, steckte sie in Brand und tötete sich gleichzeitig durch einen Schuss. Der Leichnam wurde völlig verkohlt aufgefunden.

+ + +
Unglück im Schacht. Oberhalb des dem tschechischen Kohlenbaron Pet-schek gehörenden Boghead-Schachtes in Unterreichenau bei Falkenau hörte eine Frau Hilferufe aus der Tiefe. Sie öffnete die Tür des Luftschachtes. Fünf völlig entkräftete Bergleute taumelten ans Tageslicht. Sie berichteten, dass seit etwa 6 Stunden in dem 60 Meter tiefen Schacht ein Brand wüte und dass noch 8 Bergleute in der Grube eingeschlossen seien. Auch diese Bergarbeiter wurden gerettet. Als indes eine Hilfsexpedition die Löschung des Brandes versuchte, kam deren Leiter, ein Betriebsingenieur, durch Rauchgase ums Leben.

+ + +
Sondergericht gegen Eiserner Front. Am Donnerstag begann vor der II. Berliner Sondergerichtskammer eine Verhandlung gegen fünf Teilnehmer (Schmidt, Teichmann, Voss, Bachmann und Galle) einer Propagandafahrt der Eisernen Front und gegen zwei Nazis. Schmidt (16 Jahre) und Teichmann (24 Jahre), Mitglieder des Arbeiter-Radfahrer-Bundes "Solidarität", werden des versuchten Totschlages beschuldigt, Voss und Bachmann der Anstiftung hierzu, Galle des unbefugten Waffenbesitzes. Die Nationalsozialisten sind wegen gefährlicher Körperverletzung und unbefugten Waffenbesitzes angeklagt. Da der zur Verhandlung stehende Fall aus zeitlichen Gründen nicht unter die Strafbestimmungen der letzten Terrornotverordnung fällt, befinden sich die Angeklagten auf freiem Fuß.

In Boernicke bei Nauen kam es vor den letzten Reichstagswahlen zu einem Zusammenstoß von Anhängern der Eisernen Front und Nationalsozialisten; Teilnehmer beider Gruppen erlitten Verletzungen. Die angeklagten Anhänger der Eisernen Front behaupten mit guten Gründen, von den Nazis überfallen worden zu sein. Insbesondere will der Angeklagte Voss, der vor Gericht eine sehr klare Schilderung des Vorfalles gab, gesehen haben, wie ein Nationalsozialist etwa sechs- bis achtmal schoss. Voss hat auch das Überfallkommando alarmiert. Die Zeugenvernehmung wird etwa zwei Tage dauern.

+ + +
Der Scholz-Funk. In einer Berliner Pressebesprechung äusserten sich Dr. Magnus, der Direktor der Reichsrundfunkgesellschaft, und die neuen Verantwortlichen des Berliner Rundfunks Stapelfeld, Beumelburg und Duske am Donnerstag über ihre "Pläne". Man hörte nicht eine einzige neue Idee. Magnus behauptete, dass die Zentralisierung des Rundfunkbetriebs jetzt in verwaltungsmässiger, technischer und wirtschaftlicher Beziehung völlig durchgeführt sei, während auf dem Gebiete des Programms die dezentrale Form beibehalten werden würde. Neu eingerichtet sei ein Programm-Beirat, dessen Mitglieder vom Reichsinnenministerium ernannt werden. Dr. Stapelfeld verkündete, dass die "Eigengesetze" des Rundfunks durch eine "vertiefende" zentrale Stelle erforscht werden sollten. Walter Beumelburg behandelte die Neugestaltung des Drahtlosen Dienstes, der sich in eine Nachrichtenabteilung und in eine -speziell der Regieungsstunde dienenden -Vortragsabteilung gliedern soll. Dr. Duske sprach über die Veränderungen bei der Berliner Funkstunde. - Im übrigen bestätigte die Konferenz, dass der Reichsrundfunkkommissar diktatorisch den gesamten deutschen Rundfunk beherrscht und dass sich seine Massnahmen bis in die örtlichen Sendegesellschaften hinein bemerkbar machen, obschon es in der Veröffentlichung vom 29. Juli heisst, dass deren Selbständigkeit "unbedingt unangetastet" bleiben soll. Dr. Magnus behauptete allerdings, dass es sich hier nur um ein "Zwischenstadium" handle.

Gewerkschaftliche Rundschau ✂

Deutschland und die Weltkrise.

SPD. Der Verein für Sozialpolitik hält in Dresden seine 60. Generalversammlung ab. Das Thema der Tagung ist gewiss aktuell; es lautet: Deutschland und die Weltkrise. In unzähligen Reden, Debatten, Büchern und Broschüren ist dieses Thema schon erörtert worden. Aber all diese Erörterungen haben für die deutsche Politik noch keine Klarheit, geschweige denn einen einheitlichen Entschluss der Volksmehrheit gebracht. Zur Stunde ruft mehr denn je von allen Ecken und Enden: Wer ist schuld an dem Elend? Und tausendfach dröhnen die Antworten in geradezu babylonischer Verwirrung. Nun haben sich auch die Nationalökonomien von neuem zum Wort gemeldet. Das Interesse der breiten Öffentlichkeit ist ihrer Dresdner Tagung sicher. Hören wir zunächst, bevor wir uns ein Urteil erlauben, was die Professoren zu sagen haben.

Den Reigen der Redner eröffnete, nachdem der Vorsitzende Professor Sombart die Tagung mit einem Wort des Gedenkens an die Toten eingeleitet hatte - er gedachte auch unseres unvergesslichen Paul Umbreit - der Züricher Nationalökonom Dr. Saitzew. Er sprach über "Industrialisierung und Arbeitslosigkeit". Rationalisierung braucht nach seiner Auffassung nicht unter allen Umständen zur Arbeitslosigkeit zu führen. Wohl würden durch Rationalisierung Arbeiter frei gesetzt. Ihre Wiedereingliederung in den Produktionsprozess sei aber möglich, besonders wenn durch Preisherabsetzung eine grössere Nachfrage nach den Gütern der rationalisierten Betriebe selbst oder infolge der Entlastung des Haushaltsbudgets die Nachfrage nach anderen Gütern vermehrt werde. Ebenso liege es, wenn die Rationalisierung mit Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung verbunden sei. In Deutschland sei diese Ausgleichung nicht eingetreten, weil hier vielfach fehlrationalisiert worden sei. Die Kosten seien nicht gesunken, sondern unter Umständen noch gestiegen. Durch die gewaltigen Investitionen in einigen bestimmten Industrien sei nicht genügend Kapital für andere Industrien übrig geblieben. Es sei nicht gleichmässig rationalisiert worden. Eine weitere Ursache für die sogenannte strukturelle Arbeitslosigkeit liege in der Häufung planloser Staatseingriffe in die freie Wirtschaft, die die ganze Nachkriegsepoche charakterisiere. Die Rationalisierung könne am günstigsten wirken in einer möglichst freien Wirtschaft oder in einer ganz gebundenen, aber nicht bei einem widerspruchsvollen Interventionismus, d.h. bei planlosem Staatseingriff und beim Vorhandensein von Kartellen, die so kurzsichtig seien, dass sie nicht einmal ihre eigenen Belange erkennen könnten. Bei der Prüfung der Ursachen der Wirtschaftsnot komme man immer wieder auf politische Momente. In den politischen Störungen liege die Hauptursache der wirtschaftlichen Störungen, während Industrialisierung und Rationalisierung nur die Rolle abgeleiteter Ursachen spielten. Wenn man sich das politische Weltgeschehen der letzten Jahre betrachte, dann könne man sich unmöglich über die grosse Arbeitslosigkeit wundern. Umgekehrt wäre es ein Wunder, wenn die Welt unter gegebenen politischen Verhältnissen nicht von einem so grossen Elend betroffen worden wäre.

Der zweite Referent Professor Colm-Kiel bestritt zwar nicht, dass wir den politischen Ursachen einen grossen Teil der Arbeitslosigkeit verdanken,

te aber doch den Hauptwert auf den Nachweis, dass die Riesenzunahme
beitslosigkeit aus der Wandlung der kapitalistischen Wirtschaft stamme.
wandte sich gegen die Auffassung Sombarts, dass die Welt überindu=
lisiert sei. Abgesehen von dem Spezialfall England könne die Arbeits=
keit nicht auf die Industrialisierung der Agrarländer zurückgeführt
n. Aber das Fehlen einer freien Konkurrenz habe zur Folge, dass die
astigen Betriebe heute häufig nicht mehr ausgeschaltet werden. Gleich=
ig sei der Anteil der fixen Kosten an den Gesamtkosten grösser geworden
früher. Es finde keine allgemeine Kostensenkung statt und Massnahmen, die
Erhaltung der Rentabilität der Betriebe durchgeführt würden, verschärf=
die Krise. Die Volkswirtschaft sei konjunkturrempfindlicher geworden,
och die mit der Industrialisierung verbundene Steigerung der Produktions=
wege. Die Produktionsmittelindustrien neigten in der Zeit der Hochkonjunk=
r am ehesten zu einer Erweiterung der Kapazität, aber in der Krise könn=
n sie selbst durch Preisherabsetzungen ihre Einrichtungen nicht ausnützen,
eil die Nachfrage nach ihren Erzeugnissen fehle.

Nach Colms Meinung berechtigen die vorliegenden Tatsachen weder zu der
Behauptung, dass die Welt überindustrialisiert sei und deswegen eine Reagri=
sierung erfolgen müsse, noch zu einem Uebergang in eine vollsozialisierte
Verwaltungswirtschaft. Nur durch den Einbau von Elementen planmässiger Wirt=
schaft könne das Wirtschaftssystem eine Krisenfestigkeit erlangen, die auch
durch politische Erschütterungen nicht allzu sehr gefährdet werde.

In der Diskussion setzte sich Professor Sering für eine energische
Fortsetzung des Siedlungswerkes ein, weil nur dadurch die Zahl der Arbeits=
losen, die auch bei Hebung der Konjunktur übrig bleiben würden, in grösserem
Umfänge vermindert werden könne.

SPD. Die Belegschaft der Alexanderwerk A.G. von der Nehmen in Remscheid
hat am Donnerstag den Vorschlag des Schlichters, den Konflikt mit der Werks=
leitung bindend für beide Teile durch das Arbeitsgericht entscheiden zu las=
sen und die Arbeit am Freitag wieder aufzunehmen, mit 694 von 697 abge=
gebenen Stimmen abgelehnt. Versuche der Kommunisten, die Einigkeit der Be=
legschaft zu stören, blieben erfolglos.

In den am Mittwoch stattgefundenen Verhandlungen hatte der Syndikus
des Arbeitgeberverbandes mitgeteilt, es liege ein Beschluss seines Vorstand=
des vor, wonach im Fall der Nichtaufnahme der Arbeit die Gesamtaussperrung
in allen Remscheider Betrieben durchgeführt werde. Ob dieser Beschluss ver=
wirklicht wird, muss abgewartet werden.

SPD. Die 500 Mann starke Gesamtbelegschaft der Spinnerei Hermann Baldus
in Friedrichsthal bei Gummersbach ist in den Streik getreten, weil die Fir=
ma aufgrund der Notverordnung ab 1. Oktober für die 30. bis 40. Wochenstunde
einen 40 prozentigen Lohnabzug angekündigt hat.

SPD. In Düren kam es am Donnerstag mehrfach zu Erwerbslosenkundgebun=
gen, die von der Polizei mit dem Gummiknüppel zerstreut wurden. Es wurden
fünf Verhaftungen vorgenommen.

SPD. Die Reichsbahnverwaltung verhandelte am Donnerstag mit den Eisenbahnerorganisationen über die Entlassungen in der Bahnunterhaltung. Es kam ein Feierschichten-Vertrag zustande, wonach für die Bahnunterhaltung in den Wintermonaten die vierzigstündige Arbeitswoche festgelegt wird. Dadurch wird jedoch nur erreicht, dass rund 6 000 Eisenbahnarbeiter weiter beschäftigt werden. Gekündigt ist aber 52 000 Eisenbahnarbeitern. Nun hat der Verwaltungsrat der Reichsbahn beschlossen, dass die im Frühjahr zurückgestellten Umbauarbeiten noch in diesem Jahr in Angriff genommen werden. Hierzu werden für eine Zeitdauer von rund 2 Monaten 24 000 Arbeiter benötigt. Diese Arbeiter will die Reichsbahnverwaltung wohl neu einstellen, aber nicht zu den tarifvertraglichen Arbeitsbedingungen, sondern auf der Basis eines Zeitarbeitervertrages. Das bedeutet, dass zwar diesen 24 000 Arbeitern für eine verhältnismässig kurze Zeit Arbeit gegeben wird, aber - vom arbeitsrechtlichen Standpunkt aus gesehen - unter wesentlich schlechteren Bedingungen. In diesem Punkt, dem Hauptstreitpunkt der Verhandlungen, konnte eine Einigung nicht erzielt werden.

Die Entscheidung über die Frage, zu welchen Arbeitsbedingungen die Arbeiter beschäftigt werden, die auf Grund des Wirtschaftsprogramms neu eingestellt werden sollen, liegt jetzt beim Generaldirektor. Die Reichsbahnverwaltung muss sich darüber klar werden, dass ihr Vorschlag für die betroffenen Eisenbahnarbeiter eine furchtbare Härte darstellt. Halb abgebaute Arbeitskräfte sollen zu schlechteren Bedingungen arbeiten als die, die sich in noch gesicherter Position befinden? Das grenzt an Verhöhnung.

SPD. Im Lohnkonflikt bei der Schuhfabrik Cannier, der zweitgrössten von Cleve, hat die Firma die Lohnabzugfrage zunächst für vier Wochen zurückgestellt. Daraufhin wurde die Wiederaufnahme der Arbeit vereinbart. Nationalsozialisten und Kommunisten versuchten die Wiederaufnahme der Arbeit durch Streikposten zu verhindern. Ein Verhandeln mit der Nazi-Kozi-Streikfront lehnte die Firma ab.

SPD. In der Lohnbewegung bei der Hamburger Hochbahn A.G. wurde am Donnerstag folgender Schiedsspruch gefällt: der bisherige Lohn wird am 1. Oktober um 5% gesenkt. Um Personalentlassungen für die Dauer der Neuregelung (bis zum 31. März 1933) zu vermeiden, kann die Arbeitszeit vom 1. November an auf 45 Stunden wöchentlich gesenkt werden.

Die Verkehrsarbeiter nehmen am Freitag in einer Urabstimmung zu dem Schiedsspruch Stellung.

Die Direktion hatte einen Lohnabbau um 15% und eine Arbeitsstreckung durch Verkürzung der Arbeitszeit um 48 auf 44 Stunden gefordert, die einen weiteren Lohnabbau um 8% bedeuten würde. Begründet werden diese Abbauforderungen mit dem Hinweis auf den starken Verkehrsrückgang im Grosshamburgischen Städtegebiet.

er legte aber doch den Hauptwert auf den Nachweis, dass die Riesen Zunahme der Arbeitslosigkeit aus der Wandlung der kapitalistischen Wirtschaft stamme. Colm wandte sich gegen die Auffassung Sombarts, dass die Welt überindustrialisiert sei. Abgesehen von dem Spezialfall England könne die Arbeitslosigkeit nicht auf die Industrialisierung der Agrarländer zurückgeführt werden. Aber das Fehlen einer freien Konkurrenz habe zur Folge, dass die ungünstigen Betriebe heute häufig nicht mehr ausgeschaltet werden. Gleichzeitig sei der Anteil der fixen Kosten an den Gesamtkosten grösser geworden wie früher. Es finde keine allgemeine Kostensenkung statt und Massnahmen, die zur Erhaltung der Rentabilität der Betriebe durchgeführt würden, verschärfen die Krise. Die Volkswirtschaft sei konjunkturrempfindlicher geworden, durch die mit der Industrialisierung verbundene Steigerung der Produktionsumwege. Die Produktionsmittelindustrien neigten in der Zeit der Hochkonjunktur am ehesten zu einer Erweiterung der Kapazität, aber in der Krise könnten sie selbst durch Preisherabsetzungen ihre Einrichtungen nicht ausnützen, weil die Nachfrage nach ihren Erzeugnissen fehle.

Nach Colms Meinung berechtigen die vorliegenden Tatsachen weder zu der Behauptung, dass die Welt überindustrialisiert sei und deswegen eine Reagrifizierung erfolgen müsse, noch zu einem Uebergang in eine vollsozialisierte Verwaltungswirtschaft. Nur durch den Einbau von Elementen planmässiger Wirtschaft könne das Wirtschaftssystem eine Krisenfestigkeit erlangen, die auch durch politische Erschütterungen nicht allzu sehr gefährdet werde.

In der Diskussion setzte sich Professor Sering für eine energische Fortsetzung des Siedlungswerkes ein, weil nur dadurch die Zahl der Arbeitslosen, die auch bei Hebung der Konjunktur übrig bleiben würden, in grösserem Umfange vermindert werden könne.

SPD. Die Belegschaft der Alexanderwerk A.G. von der Nehmen in Remscheid hat am Donnerstag den Vorschlag des Schlichters, den Konflikt mit der Werkleitung bindend für beide Teile durch das Arbeitsgericht entscheiden zu lassen und die Arbeit am Freitag wieder aufzunehmen, mit 694 von 697 abgegebenen Stimmen abgelehnt. Versuche der Kommunisten, die Einigkeit der Belegschaft zu stören, blieben erfolglos.

In den am Mittwoch stattgefundenen Verhandlungen hatte der Syndikus des Arbeitgeberverbandes mitgeteilt, es liege ein Beschluss seines Vorstandes vor, wonach im Fall der Nichtaufnahme der Arbeit die Gesamtaussperrung in allen Remscheider Betrieben durchgeführt werde. Ob dieser Beschluss verwirklicht wird, muss abgewartet werden.

SPD. Die 500 Mann starke Gesamtbelegschaft der Spinnerei Hermann Baldus in Friedrichsthal bei Gummersbach ist in den Streik getreten, weil die Firma aufgrund der Notverordnung ab 1. Oktober für die 30. bis 40. Wochenstunde einen 40 prozentigen Lohnabzug angekündigt hat.

SPD. In Düren kam es am Donnerstag mehrfach zu Erwerbslosenkundgebungen, die von der Polizei mit dem Gummiknüppel zerstreut wurden. Es wurden fünf Verhaftungen vorgenommen.

SPD. Die Reichsbahnverwaltung verhandelte am Donnerstag mit den Eisenbahnerorganisationen über die Entlassungen in der Bahnunterhaltung. Es kam ein Feierschichten-Vertrag zustande, wonach für die Bahnunterhaltung in den Wintermonaten die vierzigstündige Arbeitswoche festgelegt wird. Dadurch wird jedoch nur erreicht, dass rund 6 000 Eisenbahnarbeiter weiter beschäftigt werden. Gekündigt ist aber 52 000 Eisenbahnarbeitern. Nun hat der Verwaltungsrat der Reichsbahn beschlossen, dass die im Frühjahr zurückgestellten Umbauarbeiten noch in diesem Jahr in Angriff genommen werden. Hierzu werden für eine Zeitdauer von rund 2 Monaten 24 000 Arbeiter benötigt. Diese Arbeiter will die Reichsbahnverwaltung wohl neu einstellen, aber nicht zu den tarifvertraglichen Arbeitsbedingungen, sondern auf der Basis eines Zeitarbeitervertrages. Das bedeutet, dass zwar diesen 24 000 Arbeitern für eine verhältnismässig kurze Zeit Arbeit gegeben wird, aber - vom arbeitsrechtlichen Standpunkt aus gesehen - unter wesentlich schlechteren Bedingungen. In diesem Punkt, dem Hauptstreitpunkt der Verhandlungen, konnte eine Einigung nicht erzielt werden.

Die Entscheidung über die Frage, zu welchen Arbeitsbedingungen die Arbeiter beschäftigt werden, die auf Grund des Wirtschaftsprogramms neu eingestellt werden sollen, liegt jetzt beim Generaldirektor. Die Reichsbahnverwaltung muss sich darüber klar werden, dass ihr Vorschlag für die betroffenen Eisenbahnarbeiter eine furchtbare Härte darstellt. Halb abgebaute Arbeitskräfte sollen zu schlechteren Bedingungen arbeiten als die, die sich in noch gesicherter Position befinden? Das grenzt an Verhöhnung.

SPD. Im Lohnkonflikt bei der Schuhfabrik Cannier, der zweitgrössten von Cleve, hat die Firma die Lohnabzugfrage zunächst für vier Wochen zurückgestellt. Daraufhin wurde die Wiederaufnahme der Arbeit vereinbart. Nationalsozialisten und Kommunisten versuchten die Wiederaufnahme der Arbeit durch Streikposten zu verhindern. Ein Verhandeln mit der Nazi-Kozi-Streikfront lehnte die Firma ab.

SPD. In der Lohnbewegung bei der Hamburger Hochbahn A.G. wurde am Donnerstag folgender Schiedsspruch gefällt: der bisherige Lohn wird am 1. Oktober um 5% gesenkt. Um Personalentlassungen für die Dauer der Neuregelung (bis zum 31. März 1933) zu vermeiden, kann die Arbeitszeit vom 1. November an auf 45 Stunden wöchentlich gesenkt werden.

Die Verkehrsarbeiter nahmen am Freitag in einer Urabstimmung zu dem Schiedsspruch Stellung.

Die Direktion hatte einen Lohnabbau um 15% und eine Arbeitsstreckung durch Verkürzung der Arbeitszeit um 48 auf 44 Stunden gefordert, die einen weiteren Lohnabbau um 8% bedeuten würde. Begründet werden diese Abbauforderungen mit dem Hinweis auf den starken Verkehrsrückgang im Grosshamburgischen Städtegebiet.



"Verschwundene Arbeitslose."

Sichtbare und unsichtbare Arbeitslosigkeit.

SPD. Die Gesetzgebung mit Hilfe von Notverordnungen hat u.a. auch die üble Folge gehabt, unsere Arbeitsmarktstatistik in heillose Verwirrung zu bringen. Wenn die Arbeitsämter monatlich zwei Mal ihre Zahlen über die Arbeitslosigkeit veröffentlichen, weiss alle Welt, dass diese Zahlen nicht stimmen. Am besten wissen das die Gemeinden, auf deren Fürsorge die Arbeitslosen, die von der Statistik der Arbeitsämter nicht erfasst sind, abgeschoben werden. Das Konjunkturforschungsinstitut macht nun den Versuch, die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen zu ermitteln, und es kommt zu dem Schluss, dass unsere Arbeitsmarktstatistik, ganz vorsichtig gerechnet, rund $1\frac{3}{4}$ Millionen Arbeitslose unterschlägt.

Das Institut verweist darauf, dass die Zahlenreihen, die über die Beschäftigung Aufschluss geben, seit Juli 1932 den Zahlen der Arbeitslosigkeit, die von den Arbeitsämtern registriert werden, widersprechen. und zwar "nicht nur in der Intensität, sondern auch in der Richtung der Bewegung". Die Zahl der Arbeitslosen hat bei den Arbeitsämtern in den Monaten Juli und August abgenommen. Gleichzeitig ist aber auch die Zahl der Beschäftigten noch zurückgegangen. Für den Monat Juli geht das aus den Ergebnissen der Krankenkassenstatistik klar und eindeutig hervor. Für den Monat August liegen die Krankenkassenzahlen noch nicht vor; aber aus den Ergebnissen der industriellen Berichterstattung und aus den Angaben der Gewerkschaften schliesst das Konjunkturforschungsinstitut mit "grösster Wahrscheinlichkeit" dass die Entwicklung im August nicht anders war als im Vormonat.

Der Widerspruch zwischen den Arbeitslosenzahlen der Arbeitsämter und den Beschäftigtenzahlen seit Mitte 1932 erklärt sich daraus, dass eine grosse Zahl von Arbeitslosen infolge der Hilfsbedürftigkeitsprüfung bei dem Bezug von Arbeitslosenunterstützung ausgesteuert worden und dadurch den Arbeitsämtern ferngeblieben ist. Dadurch entstehen die günstigeren Arbeitslosenzahlen bei den Arbeitsämtern, die leider der Wirklichkeit nicht entsprechen. Um die wirkliche Zahl der Arbeitslosen zu ermitteln, hat das Konjunkturforschungsinstitut folgenden Weg eingeschlagen: "Für den Höhepunkt der Beschäftigung im Jahre 1929 wurde der Bestand von Arbeitnehmern ermittelt. Wenn es damals, was anzunehmen ist, keine "unsichtbare" Arbeitslosigkeit gab, so musste sich die Gesamtzahl aller vorhandenen Arbeitnehmer aus der Summe der Beschäftigten, der Kranken und der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen ergeben. Die gleiche Rechnung wurde nun auch für alle folgenden Monate bis zur Gegenwart durchgeführt. Die Bestandszahl hätte dabei annähernd gleichbleiben müssen, wenn sich alle Arbeitnehmer, die nicht mehr beschäftigt sind, bei den Arbeitsämtern als Arbeitslose gemeldet hätten. Es zeigt sich aber, dass tatsächlich die so berechnete Bestandszahl immer kleiner geworden ist; mit andern Worten: eine immer grössere Zahl von Arbeitskräften ist aus dem Gesichtskreis der Statistik der Arbeitsämter verschwunden."

Nach der Schätzung des Konjunkturforschungsinstituts hat sich die wirkliche Arbeitslosigkeit wie folgt entwickelt:

	<u>1930</u>	(in <u>1931</u> Millionen)	<u>1932</u>
1. Vierteljahr	3,63	5,83	7,86
2. " "	2,90	4,84	7,23
3. " "	3,22	5,25	7,16
4. " "	4,41	6,62	

Die Zahl von 7,16 Millionen im 3. Vierteljahr 1932 gilt für Ende Juli. Nach der Statistik der Arbeitsämter hat es Ende Juli 1932 rund 5,40 Millionen Arbeitslose gegeben. Danach hat die Statistik der Arbeitsämter über 1 780 000 Arbeitslose nicht erfasst. Sie sind verschwunden. - Leider ist das nicht nur ein Streit zwischen Statistikern um die Statistik, Leider kann man die "unsichtbare" Arbeitslosigkeit nicht damit abtun, dass man der Regierung vorwirft, warum sie noch keine Massnahmen getroffen hat, um derartige "Fehlerquellen", wie sie das Konjunkturforschungsinstitut exakt nachweist, abzustellen. Diese 1 780 000 Menschen sind Arbeitslose, die der "neue Kurs" in der Reichsregierung einfach dem Elend überlässt. Hinter diesen Zahlen steckt ein Meer von Jammer und Not, stehen die Opfer einer Politik, für die Sozialfürsorge und das Bestreben, die Not der Arbeitsmarktkrise nach Kräften zu lindern, der berühmte Wohlfahrtsstaat des Herrn von Papen ist.

SPD. Nach der Durchführungsbestimmung für Steuergutscheine tritt für die Saison- und Campagneberufe bei der Berechnung der Mehrbeschäftigung eine Sonderregelung ein und zwar in der Art, dass bei der Berechnung von 90 % der früher beschäftigten Arbeitnehmerschaft ausgegangen wird. Man will dadurch der Wirtschaftsschrumpfung Rechnung tragen. Nach einer Verfügung der Reichsregierung zählen zu diesen Saison- und Campagnebetrieben Landwirtschaft, Gärtnerei, Forstwirtschaft, Fischerei, Torfgräberei und Torfaufbereitung, Gewinnung und grobe Bearbeitung von Gesteinen einschliesslich Nutzminerale, Gewinnung von Kies, Sand, Ton und Kaolin, Kalk-, Gips-, Trass- und Zementindustrie, Betonwaren- und Betonwerksteinindustrie, Ziegelindustrie und Herstellung sonstiger künstlicher Mauersteine, Herstellung von Fahrrädern und Kraftfahrzeugen, Rundfunkindustrie, Grammophone und Grammophonplatten, Sägewerke, Spielwaren, Schokoladen-, Zuckerwaren-, Konfitüren- und Lebkuchenindustrie, Zuckerindustrie, Fischindustrie, Obst- und Gemüsekonserven, Marmeladenindustrie, Stärkeindustrie, Herstellung von Fruchtsaft und Mineralwasser, Kleiderkonfektion, Putzmacherei und Strohhutindustrie, Kürschnerei und Rauchwarenzurichtung, Baugewerbe und Baunebengewerbe, Flösserei, Binnen- und Küstenschiffahrt, Fremdenverkehrsgewerbe in Kur- und Badeorten und schliesslich Einzelhandelsbetriebe, die ausschliesslich oder überwiegend Spielwaren oder Süswaren vertreiben.

Die Barone haben gegenüber den Unternehmern mit dieser umfangreichen Liste ihre milde Hand wieder einmal sehr reichlich aufgetan.

SPD. Die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben haben sich im Monat August weiter verringert. Ausgewiesen werden insgesamt 538,61 Millionen Mark gegenüber 578 Millionen Mark im Juli 1932 und 734,1 Millionen Mark im August 1931. Neu erscheint in der Aufstellung des Reichsfinanzministeriums die notverordnete Salzsteuer, die im Monat August nicht weniger als 2,657 Millionen Mark erbrachte und für das laufende Jahr rund 40 Millionen Mark erbringen soll.

SPD. Die Reichsregierung hat aus der Zinssenkungsnotverordnung, die bereits am Dienstag unterzeichnet worden ist, erst am Donnerstag Abend einen kurzen Auszug veröffentlicht. Wie es heisst, sollen sich im letzten Augenblick noch starke Widerstände gegen die Verordnung geltend gemacht haben. Die Publikationsmethoden der Reichsregierung sind auch in diesem Falle nicht geeignet, schnell und restlos Klarheit über Dinge zu schaffen, die die Entwicklung unserer Wirtschaft in ihren Auswirkungen einschneidend beeinflussen müssen. Die Regierung trägt durch ihre "Tropfen"-Politik nur Unruhe in die Märkte.

Wie aus der Darlegung der Regierung hervorgeht, wird sie die erforderlich werdenden Subventionen vorerst mit Schatzanweisungen bestreiten. Es handelt sich bei diesen Subventionen um Zinszuschüsse für solche Kreditinstitute, deren Hypothekenbestand bis zu 10 % und mehr von der Zinssenkung betroffen wird. Die Mittel dafür sollen in den Reichsetats 1935 bis 1937 eingesetzt werden. Bis dahin behilft sich die Regierung mit Schatzanweisungen.

Im übrigen ist bemerkenswert, dass die Zinssenkung auch für Aufwertungshypotheken gilt, sofern es sich um eine Tilgungsforderung handelt. Auch wo die Zinsen nicht zahlenmässig festgelegt worden sind, also in der Regel wohl in den Fällen, wo der Zinssatz vom Reichsbankdiskont usw. abhängig gemacht wird, tritt die Zinssenkung in Kraft, mit der Massgabe, dass der Zinssatz auf 4 % beschränkt wird. Weiter bestimmt die Notverordnung, dass Abmachungen zwischen Gläubiger und Schuldner, auf eine Zinsherabsetzung usw. zu verzichten, ungültig sind. Auch wenn eine Forderung erst nach dem Erlass der Notverordnung entsteht, fällt sie unter die Zinssenkung, sofern die Begründung der Schuld vor der Notverordnung entstanden ist. Verwaltungskostenbeiträge gelten nicht als Zinsen.

Hinsichtlich der Staffelung heisst es, dass die Ermässigung, wenn die Rückzahlung in der Zeit vom 1. April 1939 bis zum 31. März 1940 erfolgt, 1/4 beträgt. Erfolgt die Rückzahlung vom 1. April 1938 bis zum 31. März 1939, dann macht die Ermässigung die Hälfte aus. Geschieht sie in der Zeit vom 1. April 1937 bis zum 31. März 1938, dann beträgt die Ermässigung 3/4. Falls die Rückzahlung vor dem 1. April 1937 erfolgt, dann fällt die Zusatzforderung fort. Die Zusatzforderung ist unverzinslich. Zahlung hat bei der Rückzahlung der Hypothek zu erfolgen.

SPD. Bei dem badischen Elektrokonzern Brown-Bovery (Mannheim) rechnet man bei einem Kapital von 25 Millionen Mark mit einem Verlust von 5 Millionen.

SPD. In den Ausstellungshallen am Berliner Kaiserdamm wird in der Zeit vom 12. bis 16. Oktober die IV. Auto- und Motorradmesse (Altfahrzeuge) abgehalten.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 29. September. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation. Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 111, II. Qualität 101, abfallende Sorten 92 RM je 50 kg, Tendenz: ruhiger.

Starkes Roggenangebot.

(Berliner Getreidebörse vom 29. September)

SPD. Am Donnerstag war die Stimmung an der Berliner Produktenbörse wieder stetiger. Nach dem starken Rückschlag am Mittwoch war das Angebot erheblich zusammengeschrumpft. Allerdings hat sich die Kauflust nicht vermehrt, da die Mühlen infolge des schleppenden Mehlabsatzes nur wenig Material aufnehmen konnten. Immerhin ist der Kurs für prompten Weizen um 1 Mk. gestiegen, während sich am Markte der Zeitgeschäfte nur unbedeutende Preisverbesserungen ergaben. Das Roggenangebot ist zwar gleichfalls etwas geringer geworden, war trotzdem aber noch immer recht stark. Auch hier bestand wenig Kauflust. Der Preis blieb sowohl für prompten Roggen als auch am Markte der Zeitgeschäfte ziemlich unverändert. Das Mehlgeschäft gestaltete sich sehr schleppend bei unveränderten Forderungen der Mühlen. Der Abruf auf laufende Schlüsse war für beide Sorten wieder recht schleppend geworden. Hafer hatte stetige Tendenz. Das Angebot war nicht gross, aber auch die Käufer hielten sich sehr zurück.

	28.9.	29.9.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	205 - 207	206 - 208
Roggen	157 - 159	157 - 159
Braugerste	174 - 184	174 - 184
Futter- und Industrierogerste	167 - 173	167 - 173
Hafer	134 - 139	134 - 139
Weizenmehl	25,50 - 29,25	25,50 - 29,25
Roggenmehl	20,75 - 23,20	20,65 - 23,10
Weizenkleie	9,70 - 10,10	9,70 - 10,10
Roggenkleie	8,50 - 8,90	8,50 - 8,90

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 216 $\frac{1}{2}$ - 217 (Vortag 216 $\frac{1}{2}$), Oktober 217 $\frac{3}{4}$ (217), Dezember 218 $\frac{1}{2}$ - 218 $\frac{1}{4}$ (218 $\frac{1}{4}$), März 223 - 222 $\frac{1}{2}$ Brief (222 $\frac{1}{2}$), Roggen September 169 $\frac{1}{2}$ - 171 (169 $\frac{1}{4}$), Oktober 167 $\frac{1}{4}$ - 166 $\frac{3}{4}$ (167), Dezember 168 $\frac{1}{4}$ - 167 $\frac{3}{4}$ (168 $\frac{1}{4}$), März 172 - 171 $\frac{1}{4}$ (171 $\frac{3}{4}$), Hafer September - (148), Oktober 142 (141 $\frac{1}{2}$), Dezember 142 (-).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 29. September). A. Deutsche Eier: Trink-eier, vollfrische, gestempelte Sonderklasse über 65 g 9,25, Klasse A über 60 gr 8,75, Klasse B über 53 g 8,25, Klasse C über 48 g 7,75. Frische Eier Klasse B 7,75. B. Auslandseier: Dänen und Schweden 18er 8,75, 17er 8,25, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 7,75, leichtere 7,25, Estländer 17er 8, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 7,50, Rumänen 6 - 6,50, Jugoslawen 6,25 - 6,50, Russen normale 5,75 - 6,25, Polen normale 5,75 - 6,25, Kleine, Mittel- und Schmutzeier 5,50 - 6. Die Preise verstehen sich in Reichspfennig je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: schön. Tendenz: ruhig.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B I L L A G E D E S S . P . D

Nr. 75

Berlin, den 29. September 1932

Abtreibung und Sterilisation.^x

SPD. Die Statistiker rechnen (trotz Papens "Wirtschaftsankurbelung") für den kommenden Winter mit einem Anwachsen der Zahl der Arbeitslosen in Deutschland auf 8½ Millionen; den Glücklichen, die noch Arbeit haben, sollen die Lohnpfennige um ein Drittel oder mehr gekürzt werden. Da wird es der Frau der arbeitenden Klasse wie blutiger Hohn vorkommen, wenn heute Aerzte und Juristen darüber diskutieren, wie "man" sich zur Frage der Abtreibung und Sterilisation (künstliche Unfruchtbarmachung) verhalten soll. Den Frauen, die dieses Problem am meisten betrifft, ist ihr Weg durch die Not schon lange vorgeschrieben. Sie wissen, dass es Sünde und Verbrechen ist, ein Kind zur Welt zu bringen, für das weder Nahrung noch Kleidung, Licht und Luft in nötigem Ausmass vorhanden sind. Sie müssen ihren letzten Groschen daran geben, um zu verhindern, dass so ein unglückliches Wesen, dem die kapitalistische Gesellschaft den Lebensraum nicht gibt, zur Welt kommt. Und da viele Aerzte aus Angst vor den gesetzlichen Folgen den Frauen nicht helfen wollen, bleibt den Frauen kein anderer Weg als der zum Pfluscher, dem immer noch viele wertvolle Menschenleben zum Opfer fallen.

Frau Dr. med. Benda, die kürzlich auf dem Kriminalistenkongress ihre traurigen Erfahrungen auf diesem Gebiete schilderte, liess ohne Aufwand von Pathos allein die Tatsachen sprechen und erzielte damit einen tiefen Eindruck auf die Versammlung der deutschen Strafrechtswissenschaftler, die damit gezeigt haben, dass sie doch noch nicht so ganz verknöchert und lebensfremd sind, wie manche von uns schon gefürchtet haben. Sie können sich ja auch bei allergrösster Energie der Welt nicht so ganz verschliessen, in der sie leben. - Welcher Strafrichter kann als gewissenhafter Mensch Frauen ins Gefängnis bringen aufgrund einer Strafandrohung, gegen die in seiner nächsten und weiteren Umgebung so und so oft verstossen wird! Und welcher Richter kann übersehen, dass in den letzten Jahren die Fälle grauenhafter Kindermisshandlung sich gerade in den Schichten häufen, in denen Hunger und Arbeitslosigkeit zu Hause sind? Die Strafrechtler haben das - spät genug - eingesehen und man muss ihnen bestätigen, dass sie mit einem in unsrer Zeit anerkennenswerten Mute die Konsequenzen aus ihrer Einsicht gezogen haben. Der Kongress ist offiziell dafür eingetreten, dass bei der Sterilisation wie bei der Schwangerschaftsunterbrechung auch soziale Gründe zu berücksichtigen seien. Speziell die Abtreibung soll dann gesetzlich gestattet sein, wenn die Austragung Mutter und Kind dem wirtschaftlichen Elend preisgeben würde. Ferner wird Straflosigkeit der Sterilisation verlangt, wenn die betroffenen Personen an einer vererblichen geistigen oder körperlichen Krankheit leiden, die die soziale Wertigkeit des Menschen stark herabmindert, also etwa an Schwachsinn, Epilepsie, Geisteskrankheit, chronischem Alkoholismus usw.

Abgesehen von diesen Sonderfällen soll aber die Sterilisation strafbar bleiben, und zwar soll sie als schwere Körperverletzung bestraft werden. Die Rechtslage ist im übrigen gerade hier garnicht klar; es gibt Gerichte, die heute die Sterilisation nicht bestrafen, wenn auch gar kein objektiver Grund zu ihrer Vornahme besteht, sie vielmehr lediglich auf Wunsch des "Patienten" erfolgt. Nun erscheint es sehr zweifelhaft, ob diesem sehr weitgehenden Standpunkte zu folgen ist. Man muss doch immer bedenken, dass die Sterilisation auf Dauer - eine zeitlich beschränkte Sterilisation gelingt

heute nur selten - einen sehr ernsthaften Eingriff in das Schicksal eines Menschen darstellt, viel weitgehender als eine Schwangerschaftsunterbrechung. Dauernder Verlust der Zeugungs- bzw. Austragungsfähigkeit kann zu sehr grossen Konflikten führen, wenn nach immer möglicher Veränderung der äusseren Verhältnisse der Wunsch nach Kindern in dem Sterilisierten selbst oder in seinem Ehepartner wieder erwacht, oder wenn eine neue Bindung eingegangen wird. Daher ist besonders den Frauen, die heute allzu bedenkenlos die Sterilisation vornehmen lassen wollen, dringend zu raten, sich die Folgen eines solchen Eingriffs erst einmal gründlich klar zu machen. Uebrigens dürfte die Sterilisation in Zukunft von den meisten, in absehbarer Zeit wohl von allen Gerichten bestraft werden, wenn nicht die oben erwähnten besonderen Milderungsgründe vorliegen.

Für die Schwangerschaftsunterbrechung sprechen die Strafrechtler nur die Meinung des überwiegenden Teils des Volks aus: die Unterbrechung darf nicht bestraft werden, wenn Not und Elend die Mutter dazu treiben. Nur ein kleiner Teil reaktionärer Aerzte kämpft noch immer mit den alten Phrasen für die Bestrafung auch in diesen Fällen. Mit Verlegenheit muss diese alte Garde jetzt merken, dass sie von den Juristen keine Stütze mehr empfängt. Aber man hilft sich, in dem man im "Deutschen Aerzteblatt", dieser Brutstätte muffiger Reaktion, mit grossem Nachdruck hervorhebt, dass nicht alle Juristen sich so vernünftig für die Zulassung der Abtreibung aus wirtschaftlicher Not eingesetzt hätten, und man veröffentlicht im gleichen Heft, in dem der Kongressbericht steht, als Gegenwirkung einen Aufsatz von Dr. med. Hartnacke mit dem bezeichnenden Titel "Bildungswahn-Volkstod". Dieser Arzt, dem man wohl kaum den Vorwurf einer Bildung ausserhalb seines Fachs zu machen braucht, verzapft allerhand volkswirtschaftlichen Unsinn und glaubt, dass die arbeitende Frau sich nur aus Böswilligkeit (!) gegen die vielen Kinder sträubt. "Das jahrzehntelange Gerede vom versperrten Bildungs- und Sozialaufstieg hat dazu geführt, dass sich alle Eltern ein Recht auf sozialen Aufstieg ihres Kindes einbildeten." - Und weil sie jetzt sehen, dass es mit dem Aufstieg nicht geht, weil die guten Posten nach wie vor den Kindern der Hartnacke und Konsorten vorbehalten bleiben, da streikt die "zivilisationsverweichlichte" Arbeiterfrau einfach und will überhaupt keine Kinder mehr. So überraschend löst Herr Dr. Hartnacke das soziale Geburtenproblem. Man möchte ihn den Nazis, die ja Spezialisten für derart verblüffende Lösungen der sozialen Frage sind, direkt empfehlen, wenn die Wahl seines Verlags nicht zeigte, dass er bereits dahin gehört. Von uns aus mag er ungehindert den Nazi-Frauen seine tiefen Einsichten verkünden. Wir sind damit zufrieden, dass es unter den führenden Juristen genug nachdenkliche Menschen gibt, die für die aktuelle Not des Volkes Verständnis haben. Jetzt heisst es, die Forderungen der Juristen Gesetz werden zu lassen.

Tardy.

x
Verjüngungskuren.

SPD. Schon unsere Grosseltern und Urgrosseltern waren von der Wichtigkeit bestimmter Kuren zur Förderung der Gesundheit und Jugendlichkeit überzeugt. Wer von uns erinnert sich nicht daran, wie zu bestimmten Zeiten des Jahres, vor allem im Frühling und Herbst, die Mutter nach einem bestimmten Rezept, das sie einem altertümlichen, mit vielen handschriftlichen Zusätzen versehenen Buche entnahm, einen geheimnisvollen Tee kochte, der von den Erwachsenen mit wichtiger, respektvoller Miene, von den Kindern unter mehr oder weniger starken Tränengüssen geschluckt wurde! Schon seine Farbe erweckte

Gruseln und heftige Abneigung. Sie war von einem geheimnisvollen dunklen Braun, und der Geschmack ähnelte sehr den bitteren Mixturen, die man bei Halsweh einzunehmen hatte. So sass man denn mit Jammermiene im Kreise der ebenfalls verzweifelten Geschwister und löffelte das seltsam nach Honig, Pfefferminz, Kamillen, Baldrian und undefinierbaren anderen "Ingredienzien" duftende Getränk, und die Gesichter hellten sich erst auf, wenn sich aus seiner Hosentasche eine Handvoll Zucker ans Licht wagte, die der ältere Bruder in prophetischer Voraussicht des Kommenden gemaust hatte und nun auf Schleichwegen unter dem Tische verteilte.

Wir haben heute nicht mehr viel für diese Hausmittel übrig. Die Zeit und Lust der beschaulichen Musse, mit der zu bestimmten Zeiten des Jahres alle diese Kräuter und Gewächse eigenhändig in Wald und Feld gesammelt und daheim getrocknet wurden, ist längst untergegangen im jagenden Tempo der Gegenwart. Aber der Gedanke selbst ist geblieben. Auch wir modernen Menschen haben die gleiche Sehnsucht wie unsere Voreltern: möglichst lange gesund, jugendfrisch und elastisch zu bleiben, und jedes Mittel dazu ist uns recht, um dieses Ziel zu erreichen, wenn es nur den Geldbeutel nicht zu stark belastet. So ist auf diese Weise auch die gute, alte, ehrwürdige - Zwiebel wieder zu Ehren gekommen! Die Wissenschaft hat nämlich entdeckt, dass dieses brave Gewächs nicht nur die Eigenschaft besitzt, die blanken Augen der eifrig mit Messer und Hackbrett hantierenden, zwiebelschneidenden Hausfrau mit Tränen zu füllen, sondern - was viel wichtiger ist - dass es eine ganz bestimmte Strahlung aussendet, die des Wachstum der Zellen bedeutend anregt. Durch dieses "pflanzliche Radium" besitzt die Zwiebel die Fähigkeit ganz bestimmter Heilwirkungen. Noch sind die Untersuchungen heute nicht abgeschlossen. Aber es steht bereits fest, dass der Genuss roher Zwiebeln bei bestimmten Krankheiten, z.B. Tuberkulose und Arterienverkalkung, Linderung brachte. Und ebenso wie die Zwiebel scheint heute sogar der Knoblauch beliebt zu werden. Weder Herr Hitler noch Joseph Goebbels konnten anscheinend diesen Aufschwung verhindern! Gestützt auf den ärztlichen, sehr günstig lautenden Befund, dass der Knoblauch sehr gesund sei, dass er Kraft und Jugendfrische erhalte, kommt dieses einst so verfemte Gewächs erneut zu Ehren. Sein Geruch allerdings ist noch nicht besser geworden, als er vor Jahrzehnten war, da man auch in Deutschland bestimmte Knoblauchtage kannte und, etwa wie in Halle am Mittwoch nach Pfingsten, eifrig kauend Knoblauch zu sich nahm, im festen Glauben, nun das ganze Jahr hindurch gesund zu bleiben. Heute hat man jedoch eine Reihe von Zwiebel- und Knoblauchpräparaten in den Handel gebracht, die den Vorzug haben, geruchlos zu sein.

Das Neueste vom Neuen aber, das die Säfte verbessern, die Verdauung befördern und die Jugend erhalten soll, ist der Kombuchaschwamm. Die Wiener Hausfrauen haben ihn ganz besonders ins Herz geschlossen, und wenn man in Wien zu Besuch ist und mit der freundlichen Aufforderung: "Mögen S' a Tasseri Tee?" eine etwas säuerlich, aber nicht unangenehm schmeckende Flüssigkeit vorgesetzt bekommt, so darf man unfehlbar damit rechnen, dass dieser säuerliche Geschmack mit dem geheimnisvollen Schwamm zusammenhängt. Was ist das nun für ein Gewächs? Im pharmakologischen Institut der Deutschen Universität in Prag hat man ihn genau untersucht. Er stammt aus Japan und enthält ein bisher unbekanntes Bakterium, das Traubenzucker in eine bestimmte Säure verwandelt. Am allerbesten aber gefällt es den Hausfrauen, dass dieser Schwamm - Tee trinkt. Ja, in allem Ernst! Man setzt ein Stückchen Pilzrasen in eine Schale mit Tee, der genau wie jeder andre Tee mit kochendem Wasser und Zucker zubereitet wird, und siehe da! Die Keime vermehren sich unter Säurebildung, und man kann sich selbst einen solchen geheimnisvollen japanischen Schwamm heranzüchten. Die Wiener Hausfrauen sind sich darin einig, dass sie sich bedeutend wohler und frischer fühlen, seitdem sie den Schwamm im Haushalt verwenden, dass sie weder Darm- noch Magenstörungen mehr verspüren, und da der medizinische Befund diesem Glauben nicht widerspricht, so scheint dem Sie-

geszuge dieses Gewächses aus dem fernen Osten auch in Deutschland nichts im Wege zu stehen.

Das Prinzip aller dieser Kuren ist natürlich das gleiche. Die Verdauung soll gefördert, alle Schlacken sollen aus dem Körper entfernt werden. Dass dadurch ein Gefühl von Frische und Elastizität entsteht, ist selbstverständlich. Deshalb wird auch, vor allem in Weingegenden, wo die Trauben billig sind, den Traubenkuren erneute Aufmerksamkeit geschenkt. In Deutschland ist in letzter Zeit eine sehr hübsche, handliche Traubenpresse für den Haushalt auf den Markt gekommen, die natürlich auch für andre Früchte verwendet werden kann. Ihre Handhabung ist sehr einfach. Die Hausfrau schraubt den Presser in das eigentliche Gefäss hinein; er drückt sich auf die Früchte, presst sie aus, und der Saft fliesst durch eine Ausgussöffnung in den Fruchtbecher. Die Traubenkuren werden von den Aerzten als Mittel gegen bestimmte Krankheiten, vor allem Gicht, verordnet. Aber welcher Gesunde hätte nicht auch den Wunsch, täglich einige Pfund süsser Weintrauben zu verspeisen, wie es die Kur vorschreibt, oder den entsprechenden Traubensaft zu trinken? Auch bei dieser schmackhaften und beliebten Herbstkur beruht die Wirkung in der Hauptsache auf dem verdauungsfördernden Einfluss der Weinsäure. Es fehlt jetzt nur noch ein ebenso schmackhaftes Mittel, uns auch die seelischen Schlacken, die sich immer wieder durch Sorgen und Kummer, durch Angst und Unruhe ansammeln wollen, von der Seele zu süplen - dann erst haben die Herbstkuren, die billigen und die kostspieligeren, die älteren und die neuzeitlichen, wirklich ihren vollen Zweck der Gesundung und Verjüngung erfüllt.

M.

X
Die Filzenkath.

SPD. Es gibt merkwürdige Menschenschicksale auf diesem Planeten. Die seltsamsten sind jene von Sonderlingen, Abseitigen, von Einzelgängern, die sich nicht der Gemeinschaft einfügen können. Sie haben sich vom Mutterleibe der Gemeinschaft losgelöst; ihr Seelenleben verkümmert oder wuchert, und ihr Ende ist fast immer tragisch oder tragikomisch.

Man weiss, dass König Ludwig II. von Bayern den Anblick seines Kammerdieners zuletzt nicht mehr ertragen konnte und ihn nur noch mit einer schwarzseidenen Maske vor dem Gesicht um sich duldete. Auch des kanadischen Millionärs Boonfield Herz schreckte vor dem Anblick menschlicher Antlitze zurück. Es ist nicht bekannt, warum. Vielleicht, weil er sein Leben darauf aufgebaut hatte, Menschen auszubeuten, und nun jedes Menschenantlitz als Anklage empfand; vielleicht auch, weil Schnorrer und Schmarotzer es darauf angelegt hatten, den Ausbeuter auszubeuten. Jedenfalls flüchtete er vor dem Menschen in die Liebe zu Tieren. Sein Wahn ging so weit, dass er seine menschliche Umgebung zwang, sobald sie in sein Gesichtsfeld trat, sich die Maske eines Tieres vor das Gesicht zu halten.

Die Filzenkath - sie wurde im Einwohneramt unter dem Namen Katharina Saushuber geführt, aber die Dörfler und Torfstecher von der Brandfilz, dem grossen Hochmoor, nannten sie nur die Filzenkath - also die Filzenkath ist keine Königin und keine Millionärin gewesen. Ganz im Gegenteil. Sie war vielleicht der ärmste und unansehnlichste Mensch, der hier im Hochlande hauste. Niemand wusste, wovon die Filzenkath lebte. Früher, als der Sohn der Kath, der schwarze Sepp, noch bei ihr hauste, da lebten die Beiden vom Beteln. Aber als der schwarze Sepp beim Wildern den Förster erschoss und die Gendarmen ihn wegholten, verschwand die Kath völlig aus dem Blickkreise der

Menschen. Sie hauste mutterseelenallein mitten in der Brandfilzen, in einem Bretterhaufen, aus dem zuweilen Rauch hochstieg, oder, wenn Menschen in die Nähe kamen, ein böses Gekreisch erscholl, dem unmittelbar ein tückisches Hundegebell folgte. Die Filzenkath wollte keine Menschen mehr sehen. Sie konnte nicht wie jener bayrische Fürst oder wie jener amerikanische Millionär die Menschen zwingen, sich Masken vor das Gesicht zu binden. Sie leistete sich den Luxus des Menschenhasses auf ihre Weise, indem sie sich mitten ins Moor flüchtete und von Wurzeln nährte.

Die Filzendörfler und die Torfstecher sahen als Grund ihrer Menschen-scheu das Unglück an, das den Sohn der Kath betroffen hatte. Sie sagten, die Filzenkath schämt sich, dass sie einen Mörder zum Sohne hat. Aber diese Vermutung traf, wie sich noch herausstellen sollte, die Wahrheit nicht oder höchstens nur zu einem kleinen Teile. Das Unglück der Kath sass viel tiefer.

Die Filze sind riesengross und heimtückisch. Vor Jahrtausenden sind sie entstanden, als die ungeheuren Alpengletscher schmolzen und versickerten, die Gebirgszüge emporstiegen und die Lande trocken wurden. Sie sind Mammuterin-nerungen aus jener vorgeschichtlichen Zeit. Wer nächtlich über solch ein Riesenmoor wandert, der fühlt in sich die Schrecken jener frühen Zeit wach werden. Der Boden schwankt und zittert, als hätte die Erde kein festes Gerippe und keinen Grund. Die Luft ist stickig; bläuliche Lichter phosphoreszieren; in den tiefen Moorgräben plätschert und raschelt es; zuweilen schwankt plötzlich ein moderndes Baumgerippe und bricht zusammen. Seltsame Stimmen werden laut, oder es ist auf einmal so still, als sei die Welt tot.

In solcher Moornacht wagte sich ein Jäger, der frühmorgens drüben an den Berggletschen auf Wild ansitzen wollte, über die Brandfilze. Obgleich Jäger gemeinhin nicht ängstlicher Natur zu sein pflegen bei der Ausübung ihres Handwerkes, das sie tief in Forst und Einsamkeit führt, ward diesem Jäger nicht sehr wohlgemut ums Herz, als er mitten im Moor eine klagende Stimme hörte, von der er nicht wusste, welchem Tiere er sie zuschreiben sollte. Als er den ersten Schrecken überwunden hatte, beschloss er, den seltsamen und grausigen Tönen nachzuforschen. Nach einer Stunde wirren Strauchelns über die schwankende, glucksende, irrlichternde Moorfläche fand er mitten in einem blasentreibenden Torfstich die unheimliche Stimme. Sie gehörte der Filzenkath, deren Leib schon bis an den Hals im Moorbrei versunken war. Sie betete wimmernd vor sich hin, aber ihr Gebet war eine einzige erschütternde Anklage. Der Jäger rief der Kath zu, sie solle sich festhalten, solange sie könne; er werde ihr helfen; obwohl er wusste, dass hier niemand helfen könne. Denn das Moor gibt keinen mehr heraus, den es in seine grausame Umarmung genommen hat.

Die Kath aber hörte den Jäger gar nicht. Sie sprach mit Gott, mit dem Schicksal, mit dem All, mit dem Leben, wie immer man es nennen will, das grosse Du, mit ihm sich das einzelne Stück Mensch auseinandersetzen muss, gleichviel, ob es gläubig ist oder ungläubig. Die Kath sprach mit der Moornacht, mit der Finsternis, die so dunkel war wie der Kath Leben. Sie flüsterte, wimmerte, kreischte, heulte ihren Jammer in diese Nacht hinein wie in einen dunklen Mutterleib. Es war schwer, sie zu verstehen, aber aus den unartikulierten Lauten, aus abgerissenen Sätzen, den unzusammenhängenden Worten formte sich dem entsetzt lauschenden Jäger doch langsam das schwere Los der versinkenden, sterbenden Kath. Er erfuhr, dass der Kath ein ganz anderes Schicksal an der Wiege gesungen worden war. Sie war ein Mensch gewesen, der, auf der Sonnenseite des Lebens geboren, nur zu lieben bestimmt schien. Sie hatte abgöttisch geliebt: die Mutter, den Vater, die kleinen Geschwister, die Nachbarn, alles, was in den Bereich ihrer Liebesfähigkeit getreten war. Aber es war wie ein Verhängnis gewesen. Allen, die sie mit ihrer Liebe und Zärtlichkeit beschenkte, schien diese Liebe zum Verderb zu gereichen. Mit dem kleinen Bruder, der sich beim Spiel mit ihr das Genick gebrochen hatte, begann es. Dann brachte ihre Zärtlichkeit der Schwester, die sie küsste, nachdem sie vom Besuch einer scharlachkranken Freundin gekommen war, schweres Siechtum. Als dann eine Nach-

barin, die im Kindbett lag, nach Kath's Besuch starb, hatte sich der Glaube an unheilbringende Eigenschaften Kath's bald bei den Dörflern wie bei ihr selbst eingenistet, und als gar das Kind eines Nachbarn, dem sie Süßigkeiten geschenkt hatte, schwer erkrankte und starb, da war Kath den Dörflern zur Trud, zur Hexe geworden. Vor dem Hexenwahn ihrer Heimat war die Kath zu Verwandten ins Tirolische geflüchtet. Der Mann aber, den sie dort lieben lernte und mit dem sie sich für das Leben zusammenschloss, missverstand ihr Liebesbedürfnis, tötete in Eifersucht einen vermeintlichen Nebenbuhler und verkam in Gefängnis und Trunk. Damals war Kath mit dem einzigen Sohne ins Moor gekommen, auf der Flucht vor den Menschen, die sie so missverstanden, und vor dem Unheil. Aber sie entrann ihm auch hier nicht. Denn eine Weile ist das Unheil um die Menschen und dann in ihnen. Der Sohn geriet in der Einsamkeit auf Abwege. Als sie ihn von ihr fortgeholt hatten, verwirrte sich Kath's Geist vollends. Sie erkannte keine Zusammenhänge mehr und glaubte, die Menschen verfolgten sie und jeden, der um sie war. So ging sie in der Nacht vor dem Tage, da ihr Sohn aus dem Zuchthause zurückkehren sollte, hinaus aufs Moor, um zu sterben. Und versank vor den Augen des erschütterten Jägers, als die Sonne den ersten Schein über das Hochmoor warf. Der Jäger schlug drei Kreuze und kehrte durch den morgendlichen Wald zu den Menschen zurück.

Heinz Eisgruber.

Ermintrudes Rückkehr.^x

Von Weare Holbrook (New-York.)

SPD. Nachdem Herr Milfred schweren Herzens seine Stenotypistin hatte abbauen müssen, wurde ihm klar, dass der Abstieg auf der Leiter des Erfolges noch viel mühsamer ist als der Aufstieg. Seine Kämpfe mit dem Telephon und der Schreibmaschine waren überaus aufregend. Bis spät in die Nacht sass er über Arbeiten, mit denen Fräulein Mond gewöhnlich schon um vier Uhr Nachmittags fertig war, und ein Tag, an dem es ihm gelang, eine Briefkopie anzufertigen, ohne das Kohlepapier verkehrt einzulegen, gehörte zu den glücklichsten seines Lebens.

Wurde er nun für all dieses Ungemach durch ein gemütliches Heim entschädigt? Fand er seine Hausschuhe und ein schmackhaftes Abendessen vorbereitet? Durchaus nicht - denn die Wirtschaftskrise hat die häusliche ebenso wie die Geschäftswelt betroffen. Sparsamkeit beginnt zu Hause und endet auch oft dort.

Als die Milfreds vor einigen Monaten Ermintrude scheiden liessen (es war um die Zeit, da die Vereinigten Stahlwalzwerke keine Dividende mehr zu zahlen erklärten), glaubten sie, auch ohne sie sehr gut auskommen zu können. Doch schon nach kurzer Zeit scheiterte Frau Milfreds Plan, aus dem Geschirrwaschen eine neue Art Sport zu machen. "Achtung! Los!" pflegte sie auszurufen, indem sie an die sportlichen Instinkte ihres Mannes appellierte. "Der Wettkampf beginnt! Wir wollen sehen, wer als erster fertig wird." Zuerst war Herr Milfred von diesen Lüchenolympiaden begeistert und brach sieben Teetassen die Henkel ab, bevor er noch recht warm wurde. Aber bald ging der sportliche Reiz verloren, und Frau Milfred gewann jede Konkurrenz. Ja, Herr Milfred gab sogar seine Niederlage zu, bevor der Wettkampf noch recht begonnen hatte. "Du gewinnst, meine Liebe", sagte er ritterlich und senkte in Ermangelung eines Degens das Geschirrtuch.

Auch das tägliche Auskehren und Staubwischen vollzog sich ziemlich einfach. Frau Milfred vollführte gegen die Möbelstücke drohende Gebärden mit einem Staubwedel und massierte einmal wöchentlich die Teppiche mit dem

barin, die im Kindbett lag, nach Kath's Besuch starb, hatte sich der Glaube an unheilbringende Eigenschaften Kath's bald bei den Dörflern wie bei ihr selbst eingenistet, und als gar das Kind eines Nachbarn, dem sie Süßigkeiten geschenkt hatte, schwer erkrankte und starb, da war Kath den Dörflern zur Trud, zur Hexe geworden. Vor dem Hexenwahn ihrer Heimat war die Kath zu Verwandten ins Tirolische geflüchtet. Der Mann aber, den sie dort lieben lernte und mit dem sie sich für das Leben zusammenschloss, missverstand ihr Liebesbedürfnis, tötete in Eifersucht einen vermeintlichen Nebenbuhler und verkam in Gefängnis und Trunk. Damals war Kath mit dem einzigen Sohne ins Moor gekommen, auf der Flucht vor den Menschen, die sie so missverstanden, und vor dem Unheil. Aber sie entrann ihm auch hier nicht. Denn eine Weile ist das Unheil um die Menschen und dann in ihnen. Der Sohn geriet in der Einsamkeit auf Abwege. Als sie ihn von ihr fortgeholt hatten, verwirrte sich Kath's Geist vollends. Sie erkannte keine Zusammenhänge mehr und glaubte, die Menschen verfolgten sie und jeden, der um sie war. So ging sie in der Nacht vor dem Tage, da ihr Sohn aus dem Zuchthause zurückkehren sollte, hinaus aufs Moor, um zu sterben. Und versank vor den Augen des erschütterten Jägers, als die Sonne den ersten Schein über das Hochmoor warf. Der Jäger schlug drei Kreuze und kehrte durch den morgendlichen Wald zu den Menschen zurück.

Heinz Eisgruber.

Ermintrudes Rückkehr.^x

Von Weare Holbrook (New-York.)

SPD. Nachdem Herr Milfred schweren Herzens seine Stenotypistin hatte abbauen müssen, wurde ihm klar, dass der Abstieg auf der Leiter des Erfolges noch viel mühsamer ist als der Aufstieg. Seine Kämpfe mit dem Telephon und der Schreibmaschine waren überaus aufregend. Bis spät in die Nacht sass er über Arbeiten, mit denen Fräulein Mond gewöhnlich schon um vier Uhr Nachmittags fertig war, und ein Tag, an dem es ihm gelang, eine Briefkopie anzufertigen, ohne das Kohlepapier verkehrt einzulegen, gehörte zu den glücklichsten seines Lebens.

Wurde er nun für all dieses Ungemach durch ein gemütliches Heim entschädigt? Fand er seine Hausschuhe und ein schmackhaftes Abendessen vorbereitet? Durchaus nicht - denn die Wirtschaftskrise hat die häusliche ebenso wie die Geschäftswelt betroffen. Sparsamkeit beginnt zu Hause und endet auch oft dort.

Als die Milfreds vor einigen Monaten Ermintrude scheiden liessen (es war um die Zeit, da die Vereinigten Stahlwalzwerke keine Dividende mehr zu zahlen erklärten), glaubten sie, auch ohne sie sehr gut auskommen zu können. Doch schon nach kurzer Zeit scheiterte Frau Milfreds Plan, aus dem Geschirrwaschen eine neue Art Sport zu machen. "Achtung! Los!" pflegte sie auszurufen, indem sie an die sportlichen Instinkte ihres Mannes appellierte. "Der Wettkampf beginnt! Wir wollen sehen, wer als erster fertig wird," Zu erst war Herr Milfred von diesen Lüchenolympiaden begeistert und brach sieben Teetassen die Henkel ab, bevor er noch recht warm wurde. Aber bald ging der sportliche Reiz verloren, und Frau Milfred gewann jede Konkurrenz. Ja, Herr Milfred gab sogar seine Niederlage zu, bevor der Wettkampf noch recht begonnen hatte. "Du gewinnst, meine Liebe", sagte er ritterlich und senkte in Ermangelung eines Degens das Geschirrtuch.

Auch das tägliche Auskehren und Staubwischen vollzog sich ziemlich einfach. Frau Milfred vollführte gegen die Möbelstücke drohende Gebärden mit einem Staubwedel und massierte einmal wöchentlich die Teppiche mit dem

Staubsauger. Erst als die Zeit des grossen Herbstreinemachens kam, begann die Lücke, die Ermintrude zurückgelassen hatte, wirklich zu schmerzen.

Herr Milfred kam eines Abends erschöpft aus dem Büro nach Hause und fand die Wohnung von oben bis unten auf den Kopf gestellt vor. Alle Möbelstücke waren in Tücher gehüllt, der Kronleuchter war wie ein Schwerverletzter bandagiert, und Frau Milfred selbst trug einen weissen Verband um den Kopf gewickelt.

Gegen zwölf Uhr Nachts hatte Herr Milfred alles, was in der Wohnung beweglich war, zumindest zweimal verschoben. Er hatte Matratzen hin und her geschleppt, Bilder von den Wänden gebürstet, Teppiche gerollt und mit ihnen gerungen wie der selige Laokoon mit den Schlangen.

Mittlerweile verkürzte sich Frau Milfred mit Staubsauger und Besen die Zeit. Genau um zwölf Uhr Nachts hauchte der Staubsauger mit einem letzten Aufstöhnen seine Seele aus und weigerte sich, weiterhin zu saugen.

"Er ist zu voll. Wir müssen ihn entleeren", sagte Herr Milfred. "Wie nimmst du den Staubbehälter herunter?"

"Ich weiss nicht", gestand sie. "Ich habe ihn nicht mehr geleert seit dem Ermintrude fort ist".

"Lass mich das nur machen", rief selbstbewusst Herr Milfred. Doch bevor er dem Geheimnis auf den Grund gekommen war, erwachte der Staubsauger mit geisterhaftem Geheul, das bald in eine Kreischsymphonie überging, zu neuem Leben. Eine dicke Wolke graubraunen Staubes erfüllte das Zimmer. Frau Milfred stürzte sich auf den Wiederauferstandenen. "Er arbeitet verkehrt! Er bläst, anstatt zu saugen! Dreh ihn ab! Schnell!"

Der Staubsauger wand sich wie ein lebendes Wesen, um sich Herrn Milfreds Zugriff zu entziehen. Hustend tastete Herr Milfred blind umher, stolperte über einen elektrischen Draht und fiel der Länge nach hin. Es gab einen Funken; dann folgte schweigende Finsternis. Die Stimme des Staubsaugers war verstummt - aber in der ganzen Wohnung gab es dafür kein Licht.

So begaben sich die Milfreds zu Bett - oder, besser gesagt, in das, was von ihren Betten übriggeblieben war, denn die Matratzen waren auf dem Boden. Herr Milfred, der den Schlaf äusserster Erschöpfung schlief, hörte nicht einmal das Klingeln des Telefons am späten Vormittag. Seine Frau weckte ihn. "Ermintrude spricht", sagte sie aufgeregt. "Sie sagt, ihr Mann wünsche, dass sie wieder einen Posten annehme." Herr Milfred schlug die Augen auf, versuchte seine schmerzenden Muskeln zu betätigen und schloss wieder die Augen. "Sag ihr," rief er mit verhaltener Inbrunst aus, "dass auch dein Mann wünscht, sie möge wieder einen Posten annehmen!"

So kehrte Ermintrude zu den Milfreds zurück und machte dem häuslichen Reiche des Schreckens ein Ende. Und in Kürze wird auch Fräulein Mond an ihre Schreibmaschine zurückkehren und ihre Arbeit dort wieder aufnehmen, wo Herr Milfred mit einem Seufzer der Erleichterung aufgehört haben wird. Denn er hat entdeckt, dass es leichter ist, eine Arbeit einem Menschen anzupassen als einen Menschen einer Arbeit - besonders, wenn dieser Mensch er selber ist.

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Leo Korten).

SPD. Der Liebesgott von Chicago.^x "In Chicago ist ein Mann verurteilt worden, der vier Frauen zugleich geheiratet hatte."

"Da kann man nicht mal viel dazu sagen. In Chicago benutzt eben sogar Amor offenbar ein Maschinengewehr."
